

GEMEINSAM DIE STADT GESTALTEN

Projektspezifische Motive einer Bürgerbeteiligung in der Stadt Stollberg

BACHELORARBEIT

ZUR ERLANGUNG DES AKADEMISCHEN GRADES BACHELOR OF SCIENCE (B.Sc.)

IN GEOGRAPHIE

AM INSTITUT FÜR GEOGRAPHIE DER FAKULTÄT FÜR PHYSIK UND
GEOWISSENSCHAFTEN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

VORGELEGT VON

Ronja Schäfer

MATRIKEL-NR.: 3062415

BETREUERIN: Frau Prof. Dr. Vera Denzer

ZWEITER PRÜFER: Herr Prof. Dr. Reinhard Wießner

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die Bachelorarbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe, alle Ausführungen, die anderen Schriften wörtlich oder sinngemäß entnommen wurden, kenntlich gemacht sind und die Arbeit in gleicher oder ähnlicher Fassung noch nicht Bestandteil einer Studien- oder Prüfungsleistung war.

Unterschrift der Verfasserin

Inhalt

Eigenständigkeitserklärung	I
Abbildungsverzeichnis	IV
Tabellenverzeichnis	IV
Diagrammverzeichnis	IV
Abkürzungsverzeichnis	V
Vorwort	1
1. Einleitung	3
1.1. Thema - Relevanz des Themas	3
1.2. Aufbau der Arbeit	5
2. Begriffe und Konzepte bürgerschaftlichen Engagements	6
2.1. Bürgerschaftliches Engagement	6
2.2. Bürgergesellschaft	8
2.3. Bürgerschaft/Citizenship	9
2.4. Demokratie und Staatlichkeit	10
2.5. Soziales Kapital	13
2.6. Zusammenfassung – „State of the Art“	15
3. Forschungsdesign	16
3.1. Untersuchungsgebiet – Projekt	16
3.2. Fragestellungen und Thesen	21
3.3. Methode	24
3.4. Transkription, Analyse und Auswertung	32
4. Empirische Ergebnisse	35
4.1. Theoretische Motive	35
4.2. Praktische Motive	38
4.3. Zusammenfassung	48
5. Schlussfolgerung und Ausblick	50

Literatur	52
Anhang	57
Transkriptionsregeln	57
Ablaufplanung und Moderationskonzept Gruppendiskussion.....	59
Übersicht Kategorien	63
Tabelle Auswertung.....	65
Diagramme Auswertung	67

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - Karte Stollberg mit den eingezeichneten Gebieten.....	17
Abbildung 2 - Stollberger Beteiligungsmodell.....	19
Abbildung 3 - Einladung zur Auftaktveranstaltung in Stollberg	21

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 - Anzahl männliche (m), weibliche (w) Teilnehmer nach Gebieten ...	31
Tabelle 2 - Moderationskonzept Gruppendiskussion.....	62
Tabelle 3 - Auszählung der Erwähnungen zu den Motiven anhand des Transkriptes.....	66

Diagrammverzeichnis

Diagramm 1 - Summe der Motivnennungen, nach Motivgruppen sortiert.....	38
Diagramm 2 - Motive der Stadtverwaltung	40
Diagramm 3 - Motive der Wohnungsbaugenossenschaft.....	40
Diagramm 4 - Motive des Vereins.....	41
Diagramm 5 - Motive der Bürger.....	43
Diagramm 6 - Motivnennungen nach Akteursgruppe – absolut.....	67
Diagramm 7 - Motivnennungen nach Akteursgruppe – prozentual.....	67
Diagramm 8 - Altruistische Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen	68
Diagramm 9 - Instrumentelle Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen	68
Diagramm 10 - Moralisch-obligatorische Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen	69
Diagramm 11 - Gestaltungsorientierte Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen	69
Diagramm 12 - Gemeinschaftsbezogene Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen	69
Diagramm 13 - Problemorientierte Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen	70
Diagramm 14 - Entwicklungsbezogene Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen	70

Abkürzungsverzeichnis

ALD = Akademie für lokale Demokratie e.V.

ca. = circa

GD = Gruppendiskussion

OB = Oberbürgermeister

SV = Stadtverwaltung

TN = Teilnehmer

TNZ = Teilnehmerzahl

V = Verein

vgl. = Vergleich

WBG = Wohnungsbaugenossenschaft

z.B. = zum Beispiel

Vorwort

Bürgerbeteiligung, Partizipation, bürgerschaftliches Engagement oder auch Ehrenamt - All dies sind Begriffe, die großes beschreiben und noch größeres mit sich bringen. Wir leben in Deutschland in einer Demokratie – einer repräsentativen Demokratie, bei der wir wenig bis gar keinen direkten demokratischen Einfluss in Politik und Planung nehmen können. Häufig kommt es zu Reformen ohne den Bürger¹ (z.B. Bologna). Diesen mangelhaften Einfluss erkennen jedoch einige Bürger und versuchen ihr Recht auf Teilhabe durchzusetzen. Es entstehen Bürgerbewegungen, Bürgerproteste um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung, Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende, Proteste im Bereich der Bildungspolitik, systemkritische Proteste und sogar sogenannte satirische Protestgruppen (z.B. DIE PARTEI oder „Front deutscher Äpfel“) um nur einige Beispiele von Walter et al. (2013) zu nennen. Diese Zusammenschlüsse können viel bewegen, denn bei abnehmender Wahlbeteiligung, nimmt das Engagement „[...] in anderen Bereichen ständig zu und verändert sich zugleich“ (Walter et al. 2013, S. 15).

Das erkennt auch die Politik und will bürgerschaftliches Engagement mehr und mehr in friedlichem Rahmen unter eigene Kontrolle bringen und die Bürger von Anfang an in Planungsprozesse einbeziehen, um Proteste zu vermeiden. Mecklenburg-Vorpommern verabschiedete deshalb im April 2016 als erstes deutsches Bundesland ein Beteiligungsgesetz, das Investoren, Anwohner und anliegende Gemeinden sogar zur Beteiligung *verpflichtet*. Begründet ist dies in den vielen Windparkanlagen im Land und den daraus resultierenden Protesten durch Bürger, vor allem Anwohner (vgl. naturwind schwerin GmbH 2016). Neben dem Staat und den Bürgern gibt es noch weitere Akteure, die sich im Bereich Partizipation engagieren. So spielen zum Beispiel Vereine und Kirchen, als Orte von Zusammenkünften, Meinungsbildung und -austausch, häufig eine entscheidende Rolle. Die drängende Frage, die sich hierbei auftut, ist: Warum?

Warum beteiligen sich die verschiedenen Akteure, was ist ihre Motivation? Auch wenn diese Frage aus psychologischer oder philosophischer Perspektive näher betrachtet werden könnte, wird in dieser Arbeit aber der geographische

¹ In der Arbeit wird hauptsächlich das generische Maskulinum verwendet, da das Geschlecht der Probanden irrelevant ist. Dies soll weder diskriminieren noch unterschlagen.

Ansatz beleuchtet. Es soll heraus gestellt werden, welchen gegenseitigen Einfluss der Mensch und sein Raum aufeinander haben. Mithilfe forschungsleitender Fragen wird dies nun beispielhaft anhand eines realen Projektes untersucht. Zuerst wurde mithilfe von teilnehmender Beobachtung das Untersuchungsgebiet abgesteckt und versucht, die verschiedenen Akteure in ihrem „natürlichen“ Umfeld kennenzulernen und sie miteinander agieren zu sehen. Anschließend wurden einige von ihnen, als Vertreter ihrer Gruppe, zu einer Gruppendiskussion eingeladen. Diese Gruppendiskussion brachte interessante Motive ans Licht, die im vierten Kapitel genauer betrachtet werden. Die Untersuchung stellt nur eine qualitative Erhebung mit kleiner Probandenzahl dar, weshalb kein Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhoben wird.

Zu der Gruppendiskussion wurden Teilnehmer eingeladen, die sich durch besonders starke Aktivität hervorhoben. Es ging darum herauszufinden, was eben diese Akteure zur Teilnahme motiviert hat und wie sie sich die Weiterarbeit vorstellen, als Träger des Projektes. Die Personen, die sich von Anfang an ausgekapselt und nicht beteiligt haben, hätten diese Fragen nicht beantworten können, wohl aber, warum sie nicht motiviert waren, an dem Projekt teilzunehmen. Dieser Aspekt konnte und sollte jedoch in dieser Arbeit nicht betrachtet werden, wäre er doch einer eigenen Forschungsarbeit würdig.

Um diese Bachelorarbeit umzusetzen, war viel Hilfe nötig. Deshalb danke ich insbesondere meinen Betreuern, meinen Freunden, meiner Familie, meinen Arbeitskollegen von der Akademie für lokale Demokratie e.V. und meinen Kommilitonen für die konstruktiven Beiträge und die moralische und verwirklichende Unterstützung. Auch zu danken ist den Mitarbeitern der Stadt Stollberg und den anderen Teilnehmern der Gruppendiskussion, die mir die empirische Forschung erst ermöglichten.

1. Einleitung

„Die Bürger sind in Bewegung – nur wie und wohin sie sich bewegen, darüber weiß man noch sehr wenig.“ (Walter et al. 2013, S. 9)

Thema - Relevanz des Themas

„Aufgrund des demografischen Wandels erleben zahlreiche Gebiete in Sachsen eine hohe Schrumpfrate und eine Überalterung der Bevölkerung“ (Sächsische Aufbaubank 2016). Die Folgen dieses demografischen Wandels sind vielfältig und nicht nur negativ. Trotzdem überwiegen kurzfristig und langfristig negativ wirksame Folgen, die es gering zu halten gilt – es gilt, die Gesellschaft zusammen zu halten. Mit der Überzeugung, dass Bürgerschaftliches Engagement „[...] eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt der Gesellschaft [sei]“ (Enquete-Kommission 2002, S. 2), gründete der Deutsche Bundestag im Dezember 1999 die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ mit dem Auftrag, „[...] konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland [zu] erarbeiten“ (Enquete-Kommission 2002, S. 2). Mit Hilfe dieses Berichtes soll einführend die Relevanz der Bearbeitung des Themas dieser Bachelorarbeit heraus gestellt werden sowie im Folgenden auf die Bedeutung der „Bürgergesellschaft“, der Rolle Staates, sowie die Formen bürgerschaftlichen Engagements eingegangen werden.

In dieser Arbeit geht es darum, herauszufinden, was Akteure einer Bürgerbeteiligung zu ihrer Partizipation motiviert. Was ist ihr Impuls, ihr Beweggrund? Die Idee, diese Fragestellung zu bearbeiten, entstand während des Praktikums bei der Initiierung eines langfristigen Bürgerbeteiligungsmodells bei Stadtplanungsprozessen in der Stadt Stollberg (mehr dazu im Kapitel 3) und kommt einer Empfehlung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ aus ihrem Bericht „Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“ (2002) nach. Unter dem Kapitel „Handlungsempfehlungen“ sieht die Enquete-Kommission einen elementaren Punkt in der Erweiterung des Wissens über bürgerschaftliches Engagement (Enquete-Kommission 2002, S. 10). Genauer wird empfohlen, die Forschungsaktivitäten auszubauen, um „[...] den Wissensstand über das bürgerschaftliche Engagement und seine Rolle in der Bürgergesellschaft sowie die Theorieentwicklung

ausgehend von empirischen Erkenntnissen zu erweitern [...]“ (Enquete-Kommission 2002, S. 10). Insbesondere mit dem Hinweis, die Forschungsthemen und -gegenstände so zu erweitern, dass der Kenntnisstand über die Motivlage des Engagements ausgewählter Aktionsgruppen erweitert werde (Enquete-Kommission 2002, S. 10). „Dazu gehören aber ebenso Studien, die die besonderen Ausdrucksformen, Bedingungen und Hemmnisse des Engagements in unterschiedlichen Handlungsfeldern der Gesellschaft herausarbeiten, um bereichsspezifische Ansatzpunkte für eine Politik der Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements präzisieren zu können“ (Enquete-Kommission 2002, S. 10). Dieser Bedarf an Forschung zeigt, dass der sogenannte „State of the Art“ zur Motivation der Akteure bürgerschaftlichen Engagements noch nicht sehr ausgeprägt ist. Trotzdem gibt es einige empirische Grundlagen, wie Anheier und Toepler (2003), Böhle et al. (2001) und Ueltzhöfer und Ascheberg (1995), auf die in den folgenden Kapiteln Bezug genommen wird. Doch nicht nur der „State of the Art“ zeigt die Relevanz der Bearbeitung des Themas: gerade aufgrund aktueller Entwicklungen in der Protestkultur (Bsp. „Flüchtlingskrise“ und die daraufhin gebildeten PEGIDA, LEGIDA usw.) ist das Thema der bürgerschaftlichen Partizipation allgemein als hochaktuell und besonders wichtig zu behandeln. Auffällig ist auch, dass die Partizipation an Entscheidungsprozessen, eigentlich ein demokratisches Grundrecht, zwar in Gesetzesvorlagen vorhanden ist, jedoch eine mangelnde Umsetzung erfährt. Einige Städte, wie zum Beispiel Heidelberg, rühmen sich damit, „Bürgerbeteiligung“ schon sehr lange in den Statuten der Stadt fest geschrieben zu haben (vgl. Scharl 2012), doch diese Konzepte setzen meist nur begrenzt auf einen integrativen Ansatz.

Die Forschung zum Thema der projektbezogenen Motivation der Akteure einer Bürgerbeteiligung spiegelt also einen wissenschaftlichen Bedarf, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen sowie auch ein persönliches Anliegen wider.

1.1. Aufbau der Arbeit

Nachdem zunächst das Thema mit seiner Relevanz heraus gestellt wurde, wird nun im Anschluss die Herangehensweise der vorliegenden Arbeit erklärt.

Um die Motive von Bürgerbeteiligung zu verstehen, muss zunächst ein Zugang zu dem Prinzip bürgerschaftlichen Engagements geschaffen werden. Das Darstellen des ideengeschichtlichen Hintergrundes und der historischen Traditionslinie dient im nächsten Kapitel dazu, bürgerschaftliches Engagement allgemein einzuordnen und zu definieren. Elementare Begriffe in diesem Zusammenhang sind Bürgergesellschaft, Bürgerschaft, Demokratie, Staatlichkeit und soziales Kapital. Dies soll einen Gesamteindruck des Stands der Forschung zum Thema erzeugen.

Die eigene Forschung wird im dritten Kapitel mit den Grundlagen zum Untersuchungsgebiet, den Fragestellungen und Thesen sowie der Methode eingeleitet. Da sich die empirische Forschung der vorliegenden Arbeit auf ein Projekt bezieht, wird das Untersuchungsgebiet in Form des Projektes beschrieben. Es soll ein Überblick über die Ziele und den Ablauf gegeben werden, da die Teilnehmer des Projektes – die Bewohner der Stadt – die Probanden der Untersuchung waren. Danach geht es spezieller um die daraus entstandenen Fragestellungen und Thesen, auf die sich die empirische Forschung stützt. Einen großen Teil der Darstellung des Forschungsdesigns nimmt jedoch die Beschreibung der Methode „Gruppendiskussion“ ein. Da diese Methode eine neue Erfahrung war, wird die Gruppendiskussion hier im Folgenden von ihrer Entstehung über ihre Besonderheiten und Zielstellungen bis hin zu ihren Problemen analysiert. Danach wird kurz beschrieben, nach welchen Vorgaben die Transkription, Analyse und Auswertung vorgenommen wurde.

Das vierte Kapitel stellt den empirischen Teil der Arbeit dar. Es werden die Ergebnisse der Forschung anhand der angefertigten Protokolle und des Transkripts interpretiert. Abgeschlossen wird die Arbeit durch das letzte Kapitel, das aus Schlussfolgerungen und einem Ausblick darstellt.

2. Begriffe und Konzepte bürgerschaftlichen Engagements

*„Bürgerschaftliches Engagement bedeutet Vielfalt“
(Enquete-Kommission 2002, S. 2)*

Für die Bearbeitung der Fragestellungen und Interpretation der empirischen Forschung, wird sich auf Konzepte und Begriffe gestützt, die im Folgenden in Bezug auf die Enquete-Kommission (2002), Kymlicka und Norman (1995), Heinze und Olk (2001), Braun (2001) und Ernst (2010) erläutert werden. Auch das Werk „Die neue Macht der Bürger“ von Walter (2013) diene der Identifizierung von für den Zugang zum Thema wichtigen Begriffen.

2.1. Bürgerschaftliches Engagement

In dieser Arbeit geht es um eine Form bürgerschaftlichen Engagements. In diesem Absatz wird erläutert, was der Begriff des „Bürgerschaftlichen Engagements“ umfasst. Dies gestaltet sich jedoch nicht als eine einfache Aufgabe, da „‘Bürgerschaftliches Engagement‘ [...] alles andere als ein fest umrissener, wohldefinierter Terminus“ sei (Heinze et al. 2001, S. 13), sondern eher ein Sammelbegriff (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 32). Grundlegend sei jedoch allen Formen bürgerschaftlichen Engagements gemeinsam, dass sie nicht exklusiv zum Vorteil für die unmittelbar Beteiligten dienen, sondern das Gemeinwohl befördern sollen, sodass auch nicht Beteiligte positive Wirkungen erfahren (vgl. Heinze et al. 2001, S. 16).

Die Vielfältigkeit des Begriffes wird in seiner Herkunft, seiner Abdeckung und den ihn ausführenden Personen deutlich, denn unter „Bürgerschaftliches Engagement“ fallen auch so spezielle Begriffe „[...] wie Ehrenamt, Selbsthilfe, politische Partizipation, politischer Protest, ziviler Ungehorsam, freiwillige soziale Tätigkeiten etc.“ (Heinze et al. 2001, S. 14f.). Die Enquete-Kommission (2002, S. 27f.) gliedert die Formen und Bereiche bürgerschaftlichen Engagements in politisches Engagement, soziales Engagement, Engagement in Vereinen, Verbänden und Kirchen, Engagement in öffentlichen Funktionen, Formen der Gegenseitigkeit, Selbsthilfe sowie Bürgerschaftliches Engagement in und von Unternehmen.

In dieser Forschungsarbeit geht es um einen Bereich bürgerschaftlichen Engagements, der sich im Rahmen von Planungsprozessen auf kommunaler Ebene, genauer der Stadtplanung, abspielt. Er lässt sich nicht eindeutig einer der vorhe-

rigen Gruppe eingliedern. Ähnlich gestaltet sich die Einordnung in die von Braun (2001, S. 97) erstellten Gruppen der konventionellen und neuen Formen politischer Beteiligung, freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Wahrnehmung öffentlicher Funktionen, sozialen Engagements, gemeinschaftsorientierter, von Solidarvorstellungen geprägter Eigenarbeit oder gemeinschaftlicher Selbsthilfe und anderer gemeinschaftsbezogener Aktivitäten.

Doch passt gerade dies zu der Aussage der Enquete-Kommission, dass bürgerschaftliches Engagement in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen präsent sei. Wichtig in Bezug auf bürgerschaftliches Engagement sei auch, dass es sich hierbei um eine eigene, freie Entscheidung handle, also nicht einer gesetzlichen Regelung unterworfen sei (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 28).

Im 18. Jahrhundert noch als Drängen von Stadtbürgern auf Veröffentlichung von Gesetzen und Verordnungen nach denen die Obrigkeit handelte, bis hin zu dem Beitrag der Proteste und sozialen Bewegungen zur demokratischen Verfassungsreform des 20. Jahrhunderts, trete bürgerschaftliches Engagement heutzutage in Form von Bürgerinitiativen, neuen sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen in Erscheinung (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 32). Die Enquete-Kommission (2002, S. 40) sieht die Tradition bürgerschaftlichen Engagements in der bürgerschaftlichen Selbstorganisation des 19. Jahrhunderts. Ein Grundstein für die kommunale Selbstverwaltung liege in den Stein-Hardenbergschen Reformen in Preußen, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, gefolgt von dem Gemeindeliberalismus in Baden und der Entwicklung des Vereins zur dominierenden Form der Selbstorganisation. Die Wichtigkeit der Vereinsform für die Organisation sozialer Bewegungen, erkenne man in der Nutzung ebendieser von den Arbeiter- und Frauenbewegungen.

Trotz der ideengeschichtlichen Verortung bürgerschaftlichen Engagements in der griechischen Polis, römischen Republik und den italienischen Stadtrepubliken des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, sei die älteste, in westeuropäischen Gesellschaften noch prägende Tradition von Engagements die Nächstenliebe. „Selbst wenn kirchliche Milieus in der Bundesrepublik Deutschland heute diese Bedeutung nicht mehr haben, ist doch Engagement im sozialen Bereich, aber auch das Eintreten für Bürgerrechte und Entwicklungszusammenarbeit nach wie vor häufig kirchlich und religiös verortet“ (Enquete-Kommission 2002, S. 40).

2.2. Bürgergesellschaft

Laut der Enquete-Kommission (2002, S. 3ff.), sowie Kymlicka und Norman (1995, S. 283ff.), Olk et al. (2010, S. 8ff.) und Heinze et al. (2001, S. 16) stellt die Bürgergesellschaft die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Die Enquete-Kommission stellt eine klare Definition auf und benutzt die Bürgergesellschaft als Bezugsrahmen für ihre gesamte Untersuchung. Auf diese Definition und Funktion wird im Folgenden näher eingegangen. Bürgergesellschaft ist, laut der Enquete-Kommission (2002, S. 6): „[...] ein Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Regeln selbst organisieren und auf die Geschicke des Gemeinwesens einwirken können.“ Die Motive einer Bürgergesellschaft, welche sich nicht nur aus Individuen, sondern auch aus verschiedenen Organisationen zusammensetze, bestünden neben der Übernahme von Verantwortung für andere auch in dem Erlernen von Gemeinschaftsfähigkeit und dem Aktivwerden als Mitbürger (vgl. Enquete-Kommission, S. 3). Unter der Voraussetzung liberaler politischer Freiheitsrechte, bilde sich das Potenzial von Bürgergesellschaften aus einem erweiterten Handlungsrepertoire sowie einem gestiegenem Kompetenzbewusstsein (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 6, 33).

Genauso wie Olk et al. (2010, S. 8) von der „Idee der Bürgergesellschaft“ sprechen, bezeichnet auch die Enquete-Kommission (2002, S. 33ff.) die Bürgergesellschaft als eine „Vision einer politischen Gemeinschaft“, in der selbstbewusste Bürger an Stelle von Staat und Institutionen die Verantwortung für die Zukunft der politischen Gemeinschaft tragen. Um diese Idee oder Vision zu verwirklichen, bedarf es bürgerschaftlicher Selbstorganisation. Die Verwaltung auf lokaler Ebene sei für die Anliegen der Bürger so weit zu öffnen, dass sich von der Vorstellung einer Staatsgesellschaft verabschiedet werde. Wobei die Selbstorganisation bedeute, dass die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden als Akteure für das Gemeinwohl. Neben den institutionellen Voraussetzungen wie Deregulierung, Ermöglichung, Subsidiarität und dem erwähnten Abbau bürokratischer Strukturen, benötige die Bürgergesellschaft eine gewisse „Bürgertugend“, einer freiwilligen Verantwortungsübernahme der Bürgerinnen und Bürger. Diese sozialen Tugenden, wie Verantwortung, Verständigung und Vertrauen, können und müssen über den kommunikativen Prozess bürgerschaftlichen Engagements erlernt und gepflegt werden.

Bürgergesellschaft als „Reformperspektive“ bedarf der Unterstützung des Staates und Institutionen, Organisationen und Initiativen als Verbindung zwischen engagierten Bürgerinnen und Bürgern und der Bürgergesellschaft als Ganzes. Mithilfe dieser Unterstützung soll bürgerschaftliches Engagement eine zentrale Rolle im neuen Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft spielen (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 3).

2.3. Bürgerschaft/Citizenship

Um jedoch Mitglied einer solchen Bürgergesellschaft sein zu können und ungehindert bürgerschaftliches Engagement ausüben zu können, wird ein Bürgerstatus benötigt. Eng damit verbunden ist die Erkenntnis von Kymlicka und Norman (1995, S. 283ff. eigene Übersetzung), dass in den 1990er Jahren das Interesse der Wissenschaft am „Citizenship“ zunahm. Problem des Bürgerschafts-/Bürgerlichkeits-/Citizenship-Begriffes sei, dass die ursprünglichen Bürgerrechte von und für „weiße Männer“ geschaffen wurden. Da Bürgerlichkeit jedoch nicht nur ein Status, sondern auch eine Identität, eine Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft sei, fühlten sich Angehörige einiger Gruppen (Frauen, ethnische und religiöse Minderheiten, homosexuelle etc.) aufgrund ihrer soziokulturellen Identität – „their difference“ – ausgeschlossen. Dies muss bei der folgenden Untersuchung in Betracht gezogen werden, auch wenn es im historischen Verlauf zu einer Ausweitung der Bürgerrechte auf gesellschaftliche Gruppen wie Arbeiter, Frauen, Migranten und eine qualitative Erweiterung in Form von demokratischen Teilhaberechten und sozialen Bürgerrechten kam. Aus der Identität als Bürgerin oder Bürger, damit als Mitglied des politischen Gemeinwesens einer Kommune oder eines Staates, entwickelte sich bürgerschaftliches Engagement im normativen Sinne als ein bewusstes Handeln (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 33). Diese von Kymlicka und Norman (1995, S. 283ff.) bezeichnete „Rückkehr der Bürger“ liege in den Grenzen staatlichen Handelns, des Wohlstands, Sozialstaates, der „Partizipatorischen Revolution“ und den revolutionären Umbrüchen in Osteuropa begründet und habe ambivalente Folgen. Am markantesten treten hierbei Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft, Veränderungen durch Informations- und Kommunikationstechnologie, die Reform des Sozialstaates, die Weiterentwicklung der Demokratie, die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und die Globalisierung hervor. Bei diesen Debatten soll bürgerschaftliches Engagement zur Problemlösung beitragen, doch

gleichzeitig verändern sie auch die Motive für Engagement. So tragen zum Beispiel die Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft, zu einem Wandel von pflichtbezogenen zu selbstbezogenen Motiven bei (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 52; Heinze et al. 2001, S. 11f.).

2.4. Demokratie und Staatlichkeit

Um über Partizipation sprechen zu können, muss auch über Demokratie gesprochen werden. Da die Frage der Definition von „Demokratie“ jedoch vielfältig und heikel ist, soll in diesem Absatz keine Grundsatzdebatte hervorgerufen werden, sondern lediglich unterschiedliche Auffassungen, Meinungen und Entwicklungen aufgezeigt werden. Dies ist wichtig, um Grundsätze der Partizipation und die Wichtigkeit der Entwicklung moderner Partizipationsformen in Bezug auf aktuelle demokratische Entwicklungen nachvollziehbar zu gestalten.

Demokratie gilt als Grundbedingung für Bürgerbeteiligung, Partizipation oder bürgerschaftliches Engagement. Doch was macht sie aus und welche Debatten gibt es?

Beschränken sich die Betrachtungen auf Deutschland, so ist die deutsche Geschichte sehr entscheidend für die Form der Demokratie, die heute in der Politik vorherrscht. Die Enquete-Kommission (2002, S. 41) stellt hierbei heraus, dass in ganz Europa „Staatlichkeit“ für die historische Entwicklung elementar sei. In Frankreich gäbe es nach der französischen Staatsrechtlehre im 17. und 18. Jahrhundert durch Jean Bodin erst ab 1901 ein modernes Vereinsrecht, das Selbstorganisation legitimierte. In England gilt nach wie vor das englische Gesetz über gemeinnützige Organisationen von 1601. Unterstützt haben beispielsweise John Locke und Adam Smith diese Entwicklung mit der Ansicht, dass es bürgerschaftliches Engagement gerade dort geben müsse, wo die Organe des Staates nicht aktiv seien. Und auch in Nordamerika stellt Alexis de Tocqueville die Bedeutung freiwilliger Zusammenschlüsse als „Schule der Demokratie“ heraus. Auf die Bedeutung der „Schule der Demokratie“ geht auch Braun (2001, S. 90, unter Bezug auf Putnam 1993) ein. Durch sie lerne man unterschiedliche Standpunkte, Ziele und Lebensentwürfe kennen und zu tolerieren.

In Deutschland wurden mit der Endphase der Weimarer Republik kommunale finanzpolitische Entscheidungsrechte eingeschränkt und somit bestehende lo-

kale Selbstverwaltungsgremien abgeschafft. Anschließend führte die Gemeindeordnung von 1935 zu einer zentralistisch politischen Institutionenstruktur bevor durch den Nationalsozialismus die Tradition der kommunalen Selbstverwaltung vollständig unterbrochen wurde.

Auch in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, im Gebiet der DDR, fiel die kommunale Selbstverwaltung dem zentralistischen Staatsaufbau zum Opfer. In Westdeutschland wurde nach 1945 an die Kommunalverfassung angeknüpft, indem Gemeinden nach Grundgesetz Artikel 28, Abs. 2 zum öffentlichen Bereich gezählt wurden. Dies führte dazu, dass die Gemeinden ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich regelten und demokratisch gewählte Vertretungen hatten.

Trotz des Traditionsbruchs durch Nationalsozialismus und DDR-Regime, gebe es laut der Enquete-Kommission „ein historisch gewachsenes und fortdauernd starkes lokales und regionales Gemeinschaftsgefühl“ (2002, S. 41). Die Tradition der Selbstorganisation werde in dem Kampf um Vereinigungsfreiheit im Nationalstaat deutlich und auch die Ursprünge der Parteien liegen in selbstorganisierten zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen. Die moderne Bürgerschaft sei eng mit der Herausbildung des Nationalstaates verbunden, wobei die zentralen Errungenschaften der Bürgerschaft die staatlich garantierten zivilen, politischen und sozialen Rechte seien, die allen Gemeinschaftsmitgliedern die aktive Teilhabe ermöglichen und Engagement und Gemeinsinn erwarten (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 41).

Ein Modell, das bürgerschaftliches Engagement in einer Demokratie ermöglichen soll, ist das Modell „deliberativer Öffentlichkeit“ von Habermas (1992). Idee des Modells ist, dass Bürger sich argumentativ zu bestimmten Themen und Sachfragen in zivilgesellschaftlichen Foren begegnen. Sprecher für die Bürger sollen mehr als nur die Massenmedien sein, sodass sich auch bürgerschaftlich Engagierte und zivilgesellschaftliche Vereinigungen zu Wort melden können und ihre Anliegen und Interessen vertreten können. Es soll eine Diskursivität herrschen, sodass für Aussagen Gründe benannt und dialogische Verfahren eingehalten werden. Dabei werden auch Gruppierungen der Bürgergesellschaft eingeschlossen.

Einen Gegensatz dazu stellt das in Deutschland vorherrschende Repräsentativmodell der Demokratie dar. Die repräsentative Demokratie führt dazu, dass eher politische Eliten und gewählte Repräsentanten zu Wort kommen, was Debatten der Demokratie auslöst (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 35).

Eine sehr definierende Debatte thematisiert Braun (2001, S. 89ff.) mit der Frage nach „Demokratie als Partizipationsgemeinschaft“. Hierbei gehe es um den Wunsch, dass „aktive Bürger“ sich in öffentliche Debatten einmischen und sich an der Suche nach Lösungen für das Gemeinwesen beteiligen. Braun stellt heraus, dass bei dieser aktiven Bürgerschaft, die über bloße Beteiligung an Wahlen und Parteimitgliedschaften hinausgehe, bürgerschaftliches Engagement an Bedeutung gewonnen habe. Er geht davon aus, dass die Studenten- und sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre die Demokratisierungsprozesse in Deutschland in Gang gesetzt haben und somit die Nachkriegsgeneration der Träger dieser Entwicklung war. Vor dem Abebben der „Reform euphorie“ Ende der 1970er Jahre haben die sogenannten „Baby-Boomer“ das Spektrum politischer Partizipationsformen erweitert und für mehr bürgerschaftliche Partizipations- und Geltungschancen gesorgt.

Mit diesem Grundstein wird nun, trotz der obrigkeitsstaatlichen Tradition Deutschlands, eine Machtverlagerung in Bezug auf die Führung des Ehrenamtes, Initiativen zur Armenversorgung und auch die Beteiligung an Kommunalplanung angestrebt. So lange jedoch die Regierung und die Verwaltung politische Entscheidungen treffen, administrieren und vom Bürger politische Tugenden der „Untertanen“ erwarten, sei der Gedanke einer „Demokratie als Partizipationsgemeinschaft“ nicht umsetzbar.

So wie Heinze und Olk (2001, S. 11f.) betonen, dass bürgerschaftliches Engagement unter anderem bei der Debatte um die Weiterentwicklung der Demokratie zur Problemlösung beitragen soll, stellt auch die Enquete Kommission (2002, S. 59) heraus, dass Bürger der „soziale Kitt [sind], der unsere Gesellschaft zusammenhält“ (S. 59). Durch ihre Funktion als „Bindekräfte unserer Gesellschaft“ (S. 59) schaffen Bürger die Werte, „ohne die eine demokratische Gesellschaft verkümmern würde“ (S. 59). Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität stärken Vertrauensbeziehungen und schaffen eine Atmosphäre der Solidarität und Zugehörigkeit. Der Staat sollte ermöglichend und aktivierend den Bürgern mehr Entscheidungskompetenzen übertragen und gleichzeitig eine Öffnung der

Organisationen für Engagement der Bürger unterstützen. „Eine Öffnung gesellschaftlicher Institutionen hin zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer täglichen Beteiligung erfordert Hierarchieabbau, einen Neuzuschnitt von Entscheidungskompetenzen und kooperative Arbeitsstrukturen mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern“ (Enquete-Kommission 2002, S. 61).

2.5. Soziales Kapital

Die Enquete-Kommission (2002, S. 2) definiert das, was als „Bindekräfte unserer Gesellschaft“ durch die Bürger ständig erneuert werden muss, als „Soziales Kapital“. Es sei „[...] die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt das Vertrauen in die Institutionen des Staates“ (Enquete-Kommission 2002, S. 2). Auch Braun (2001, S. 91 unter Bezug auf Putnam 1993) legt Wert darauf, dass Demokratie und Wirtschaft ohne die Zufuhr von sozialem Kapital ins Wanken gerieten. So sieht Braun die Frage der sozialen Integration als Kern der Diskussion um politisches Interesse an bürgerschaftlichem Engagement. Der Bürger soll „[...] durch Selbstorganisation, Partizipation, gemeinwohlorientiertes Handeln und Zivilcourage [...]“ (Braun 2001, S. 91) soziale Integration erzeugen und die Krise des Sozialstaates überwinden.

Soziales Kapital bilde sich in den Strukturen der Bürgergesellschaft und stelle damit ein Netzwerk bürgerschaftlichen Engagements, Normen generalisierter Gegenseitigkeit und sozialen Vertrauens dar. Es erleichtere die gesellschaftliche Koordination und Kooperation zwischen Individuen und könne als privates und öffentliches Gut von sozialen Netzwerken akkumuliert werden. Die Bildung von Sozialem Kapital habe mit der Qualität von Politik, politischem Handeln, dem Zustand von Institutionen und ihrer Offenheit gegenüber Bürgern zu tun. Die Transparenz und Leistungsfähigkeit der Politik führe zu Vertrauen, Netzwerkbeziehungen und Normen der Gegenseitigkeit (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 34).

Diese Bildung Sozialen Kapitals wird heute teilweise als problematisch betrachtet, da die „Rückkehr der Bürger“ zum Beispiel zu Individualisierungsprozessen führte, die Bindungen und Verpflichtungen nicht mehr als selbstverständlich erachten ließe. Diese Tugenden müssen heute bewusst hergestellt und gepflegt werden. Mit diesen Prozessen der Individualisierung und gleichzeitig Pluralisie-

rung und dem damit einhergehenden umfassenden gesellschaftlichen Wertewandel, bei dem Pflicht- und Akzeptanzwerte an Bedeutung verlieren und Selbstentfaltungswerte eine immer stärkere Rolle spielen, haben sich auch die Motive für Engagement verändert (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 42f., 52).

2.6. Zusammenfassung – „State of the Art“

Mit seinen Eigenschaften der Freiwilligkeit, Gemeinwohlorientierung, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet zu sein, im öffentlichen Raum stattzufinden, kooperativ ausgeübt zu werden, eine eigene Handlungslogik vorzuweisen und wichtige Funktionen einer Bürgergesellschaft zu erfüllen (Schaffung von Sozialkapital, gesellschaftlichem Zusammenhalt, Ermöglichen von Teilhabe, Tragen gesellschaftlicher Selbstorganisation) verfüge bürgerschaftliches Engagement über Kritik- und Innovationspotenzial aus Laienkompetenz, stoße Lernprozesse in einer Bürgergesellschaft an und befinde sich im ständigen Wandel. Zusammenfassend könne bürgerschaftliches Engagement also nicht trennbar von den Begriffen Bürgerschaft (Citizenship), Demokratie, Sozialkapital, Öffentlichkeit, Gemeinwohl sowie Selbstverantwortung, -ermächtigung und -organisation betrachtet werden (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 32, 38).

Die Enquete-Kommission definiert bürgerschaftliches Engagement demzufolge als: „[...] eine freiwillige, nicht auf das Erzielen eines persönlichen materiellen Gewinns gerichtete, auf das Gemeinwohl hin orientierte, kooperative Tätigkeit. Sie entfaltet sich in der Regel in Organisationen und Institutionen im öffentlichen Raum der Bürgergesellschaft. Selbstorganisation, Selbstermächtigung und Bürgerrechte sind die Fundamente einer Teilhabe und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen. Bürgerschaftliches Engagement schafft Sozialkapital, trägt damit zur Verbesserung der gesellschaftlichen Wohlfahrt bei und entwickelt sich, da es von den Bürgerinnen und Bürgern ständig aus der Erfahrung ihres Lebensalltags gespeist wird, als offener gesellschaftlicher Lernprozess. In dieser Qualität liegt ein Eigensinn, der über den Beitrag zum Zusammenhalt von Gesellschaft und politischem Gemeinwesen hinausgeht“ (Enquete-Kommission 2002, S. 38).

Die Debatten und Unstimmigkeiten, die schon bei der Erläuterung der Konzepte und Begrifflichkeiten zu bürgerschaftlichen Engagement auftreten, zeigen die Diversität des „State of the Art“ zu dem Thema. Die Forschung zu Bürgerbewegungen entwickelt sich, vor allem in den letzten Jahren, so schnell, dass der aktuellste Stand nicht vollständig abbildbar ist. Deswegen werden als Grundlage für diese Forschungsarbeit die Werke und die dazugehörige Empirie der erwähnten Autoren verwendet.

3. Forschungsdesign

3.1. Untersuchungsgebiet – Projekt

„Es geht um eine höhere Identifikation der Bürgerschaft mit ihrer Stadt, das Aktivieren der Bürger zu mehr Eigeninitiative, Engagement sowie um ein gesteigertes politisches Interesse und Partizipation.“ (ALD 2015)

Das Untersuchungsgebiet der vorliegenden Forschung hat sich aus dem Projekt „Demografie und bürgernahe Politik in Stollberg“ ergeben. Dieses Pilotprojekt wurde von der Stadt Stollberg (Erzgebirge) unter Begleitung der Akademie für lokale Demokratie e.V., gefördert durch das Land Sachsen (die Sächsische Aufbaubank), im Zeitraum von September 2015 bis August 2016 durchgeführt. Ziel war es, ein gesamtstädtisches Beteiligungsmodell in der Kreisstadt Stollberg zu entwickeln, umzusetzen und zu dokumentieren. Mithilfe von Einwohnerversammlungen sollte eine dauerhafte, frühzeitige, beratende und dialogorientierte Partizipation von Bürgern aufgebaut werden.

Besonderen Wert legte der Bürgermeister der Stadt Stollberg darauf, den Bewohnern die Möglichkeit zu geben, die für sie wichtigen Stadt- und Stadtteilthemen anzusprechen. Dieser transparente, partizipative Prozess soll eine Plattform schaffen, auf der die Belange der Bürgerschaft öffentlich diskutiert und Projektideen kooperativ umgesetzt werden können.

Stattdgefunden haben die Einwohnerversammlungen, auch „Nachbarschaftstreffen“ genannt, von November 2015 bis April 2016 in sechs Quartieren im Stadtgebiet (siehe Abbildung 1). Diese sechs Quartiere bestehen jeweils aus circa 300 Wohneinheiten, sind jedoch sozial und baulich sehr unterschiedlich strukturiert.

Wert gelegt wurde bei der Auswahl der Quartiere auf ein gewisses Zugehörigkeitsgefühl zur Nachbarschaft, welches durch die Projektarbeit noch weiter bestärkt werden sollte. Ziel der Stadtverwaltung und Wunsch des Bürgermeisters war es insbesondere, dass sich die Bewohner besser mit ihrer Nachbarschaft und nahen Umgebung identifizieren und sich somit auch intensiver an der Gestaltung ihres Wohngebietes beteiligen (vgl. ALD 2015).

Übersichtslageplan über die Stadtquartiere zum Projekt Demografie



Abbildung 1 - Karte Stollberg mit den eingezeichneten Gebieten (zur Verfügung gestellt durch Frau Zach, Stadtverwaltung Stollberg)

Die Aufgaben der Akademie für lokale Demokratie e.V. (ALD) bestanden darin, die Veranstaltungen in Abstimmung mit der Stadtverwaltung vorzubereiten. Außerdem begleiteten die Mitarbeiter der ALD die Nachbarschaftstreffen als Moderatoren. Mit Unterstützung der Stadtverwaltung übernahm die ALD die Dokumentation in Form von Fotoprotokollen, dem Sammeln der Zeitungsartikel vor und nach den Veranstaltungen, sowie dem Anfertigen einer Abschlussdokumentation.

Bereits im Jahr 2012 hat die Stadtverwaltung der Stadt Stollberg mit den Überlegungen zum Projekt begonnen. Vorbesprechungen zwischen der Stadtverwaltung und der ALD fanden von Juni 2015 bis November 2015 statt. Der offizielle, partizipative Teil des Projektes begann am 19. November 2015 mit einer Auftaktveranstaltung, zu der alle Haushalte der sechs Quartiere eine Einladung erhielten. Auf dieser Auftaktveranstaltung wurde den circa 30 anwesenden Teilnehmern die Projektidee erläutert, bevor es zu einer Ideensammlung im Open-Space-Format² kam. Die gesammelten Projektideen wurden dann in Kleingruppen bearbeitet und später vor den Anwesenden präsentiert. Diese ersten Projektideen bildeten die Grundlage für die Einladungen zu den „Nachbarschaftstreffen“, die dann von Januar bis März 2016 stattfanden.

Zu diesen Treffen erhielten die jeweils circa 300 Haushalte eine Einladung, die die jeweiligen Quartiere ausmachen. Jede dieser Veranstaltungen begann mit einer Bestandsaufnahme des Quartiers, der Plattform also, die den Bürgern die Möglichkeit bot, die für sie wichtigen Stadt- und Stadtteilthemen anzusprechen. Danach folgte wieder eine Sammlung von Projektideen, von denen eine bis drei mit den wiederum jeweils durchschnittlich 30 Teilnehmern in Kleingruppen bearbeitet wurden. Gab es keine „neuen“ Ideen, griff die Moderation die Projektideen aus der Auftaktveranstaltung auf. Den dritten Teil der Veranstaltungsreihe bildeten Folgetreffen, die im April 2016 in den Quartieren stattfanden. Hierzu wurden die jeweils anwesenden Teilnehmer (die sich auf der Teilnehmerliste vermerkt hatten) eingeladen. Auf diesen Folgetreffen, bei denen die Mitarbeiter der ALD nicht mehr als Moderatoren dabei waren, berichtete zunächst die Stadtverwaltung, wie sie mit den Anmerkungen aus den Bestandsaufnahmen

² leitfragenorientierte Arbeit in vorher nicht festgelegten Gruppen (vgl. Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa)

der vorhergehenden Veranstaltungen verfahren. Daraufhin wurden die Projektideen mehr oder weniger intensiv erwähnt beziehungsweise weiter entwickelt.

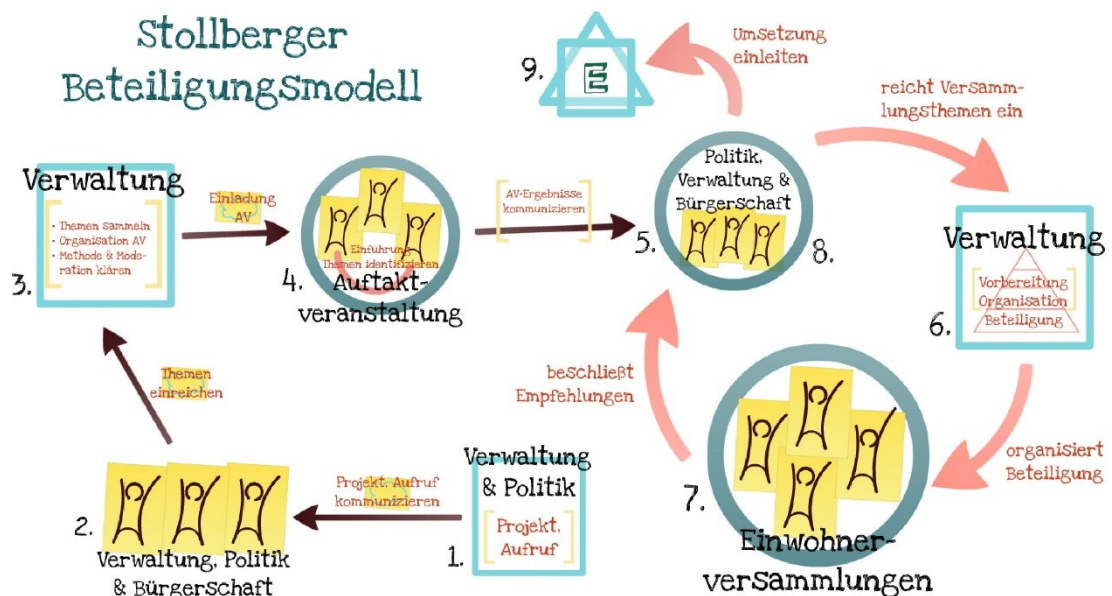


Abbildung 2 - Stollberger Beteiligungsmodell (zur Verfügung gestellt von der Akademie für lokale Demokratie e.V.)

Die Abbildung 2 stellt den ursprünglich geplanten Ablauf des Projektes dar, welcher sich jedoch im Zuge von Erfahrungswerten während der Veranstaltungen, wie zuvor dargestellt, etwas verändert hat. Das Modell sieht im ersten Schritt vor, dass die Verwaltung und Politik einen Projektauftrag an die Verwaltung, Politik und Bürgerschaft kommunizieren, welche daraufhin im zweiten Schritt Themen an die Verwaltung einreichen. Die Verwaltung würde dann diese Themen sammeln und daraufhin die Auftaktveranstaltung mit den entsprechenden Methoden und Moderatoren vorbereiten. Auf die Einladung der Verwaltung hin sollte dann als vierter Schritt die Auftaktveranstaltung stattfinden, in der das Projekt eingeführt und Themen identifiziert werden. Diese Ergebnisse der Auftaktveranstaltung sollten wiederum als fünfter Schritt an Politik, Verwaltung und Bürgerschaft kommuniziert werden, woraufhin an die Verwaltung erneut Versammlungsthemen eingereicht werden. Die Aufgabe der Verwaltung bestand dann darin, die Beteiligung in Form von Einwohnerversammlungen als zu organisieren. Auf den Einwohnerversammlungen beschlossene Empfehlungen würden wieder an Politik, Verwaltung und Bürgerschaft weitergereicht und bestenfalls im neunten Schritt umgesetzt werden, gegebenenfalls aber wieder

in den Kreislauf des fünften bis achten Schrittes zur weiteren Überarbeitung überführt werden.

Bei allen Modulen der Veranstaltungsreihe war es möglich teilnehmende Beobachtungen durchzuführen. Wobei besonders darauf geachtet wurde, wie die Veranstaltungen abliefen, welche Themen angesprochen beziehungsweise nicht angesprochen wurden und welche Teilnehmer (aus der Wohnungsbaugenossenschaft, Wohnungsbaugesellschaft, aus Vereinen oder der Bürgerschaft) ein besonders großes partizipatives Interesse aufwiesen (die Protokolle dazu siehe Anhang). Im vierten und offiziell letzten Teil des Projektes, der Abschlussdokumentation und Evaluation, konnten ausgewählte Teilnehmer für eine Gruppendiskussion am 09.Juni 2016 gewonnen werden. Sie bildet die empirische Forschungsgrundlage der vorliegenden Arbeit.

Zusammenfassend fand die Untersuchung im Rahmen des Projektes „Demografie und bürgernahe Politik“ in der Kreisstadt Stollberg im Erzgebirge statt, wobei besonders die in den sechs, von der Stadtverwaltung ausgewählten, Stadtquartieren stattfindenden Nachbarschaftstreffen den Kern der Betrachtung darstellen. Wichtige Akteure des Projektes waren die Stadtverwaltung Stollberg, der Bürgermeister der Stadt Stollberg, die Akademie für lokale Demokratie e.V., die Wohnungsbaugenossenschaft Wismut eG, die Wohnungsbaugesellschaft Stollberg, der Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. sowie natürlich die Bürgerschaft.

3.2. Fragestellungen und Thesen

„Unter welchen Bedingungen sind Menschen bereit, persönliche Ressourcen zu investieren, um sich für oder gegen etwas einzusetzen und damit die Gesellschaft mitzugestalten?“ (Walter et al. 2013, S. 20)

Fragestellungen

Um genau diese Frage, die sich Walter et al. (2013, S. 20) stellen, geht es auch in dieser Arbeit. Im Zuge der teilnehmenden Beobachtung an den Veranstaltungen des Projektes „Demografie und Bürgernahe Politik in Stollberg“, ergaben sich grundlegende Fragestellungen, die die Überlegungen zu den forschungsleitenden Fragen anregten. Erste Fragen stellten sich durch den Ablauf der Auftaktveranstaltung am 19. November 2015. Hierzu gab es folgende Einladung (Abbildung 3):



Abbildung 3 - Einladung zur Auftaktveranstaltung in Stollberg (Quelle: SV Stollberg)

Auffällig beim Verlauf der Auftaktveranstaltung war, dass von den 1200 eingeladenen Haushalten nur circa 30 anwesend waren und nicht alle Anwesenden bereit waren, sich nach der Einführung aktiv an der Projektarbeit zu beteiligen. In Kombination mit dem ersten Nachbarschaftstreff im Hufelandgebiet, zu dem

zwar mehr Teilnehmer als erwartet erschienen, aber dann wieder mehr als die Hälfte die Veranstaltung verließ, als es um Mitarbeit ging, evozierten sich folgende Fragen, die alle den gemeinsamen Hintergrund der Motivation der Akteure haben:

- Warum sind die Bürger nach dem ersten Teil gegangen, was war der Grund dafür?
- War die Einladung nicht richtig formuliert?
- Trieb die Bürger ein anderes Interesse zur Teilnahme?
- Wie hätte man die Bürger zur Partizipation und zum aktiven Mitarbeiten motivieren können?
- Was hat sie daran gehindert, sich zu beteiligen?
- Was haben sie sich von den Veranstaltungen versprochen?
- Warum haben sie mitgemacht?

Auf Grundlage dieser ersten Fragen und weiterer teilnehmender Beobachtungen, bei denen besonders auf den Ablauf der Veranstaltungen, die angesprochenen Themen und die Sozial-, Geschlechter- und Altersstruktur der Teilnehmenden geachtet wurde, entwickelten sich folgende forschungsleitende Fragen, die im Zuge der Gruppendiskussion beantwortet werden sollten:

- Was war Ihnen besonders wichtig, das in den Veranstaltungen angesprochen werden/passieren sollte?
- Würden Sie wieder an so einer Veranstaltung teilnehmen?
- Was wäre Ihnen dann wichtig? (Ablauf, Thema)
- Welches Thema ist eventuell zu kurz gekommen?
- An welchen Punkten hätten eventuell Dinge anders laufen sollen?
- Wie haben Sie von der Veranstaltung erfahren?
- Hätten Sie sich eine andere Ansprache/Kommunikation gewünscht?
- Was hat Sie bewegt an dem Projekt teilzunehmen und sich aktiv zu beteiligen?
- Was haben Sie sich davon versprochen?
- Wodan könnte es liegen, dass der Altersdurchschnitt der Veranstaltungen so hoch war?
- Wie schätzen Sie die langfristige Wirkung des Projektes ein?

Diese Fragen spiegeln nicht nur das persönliche Forschungsinteresse wider, sondern auch Beobachtungen und Interessenfragen der Mitarbeiter der ALD, die im Zuge der Abschlussdokumentation von Bedeutung sind.

Thesen

Thesen, die durch die Forschung belegt werden sollten, entwickelten sich im Wechselspiel mit den forschungsleitenden Fragen. Teils führten sie zur Entstehung von Fragen, teils waren sie Antworten auf Fragen. So entstanden auf Grundlage der Frage, warum so viele Teilnehmer die Veranstaltung im Hufelandgebiet verließen, folgende Thesen:

1. Die Einladungen wurden nicht korrekt formuliert, sodass die Teilnehmer nicht damit rechneten, sich aktiv beteiligen zu „müssen“.
2. Darauf aufbauend: Die teilnehmenden Akteure haben unterschiedliche Motivationen an den Veranstaltungen teilzunehmen.
3. Sowie: Die Uhrzeit für die Veranstaltungen war ungünstig gewählt, sodass einige Teilnehmer nach Hause gingen, um anderen Verpflichtungen nachzukommen.
4. Und: Die Teilnehmer mussten aufstehen, um sich in Gruppen einzuteilen, einem Thema zuzuordnen, und da sehr viele Teilnehmer ein hohes Alter³ hatten und somit über eine eingeschränkte Mobilität verfügten, wollten sie nicht wiederholte Male aufstehen und sich wieder setzen müssen.

Aufbauend auf diese Thesen entwickelten sich wiederum die Fragen:

- An welchen Punkten hätte die Veranstaltung anders laufen müssen, damit die Teilnehmer sich aktiv beteiligen?
- Wie haben die Akteure von der Veranstaltung erfahren und was haben sie sich daraufhin davon versprochen?
- Was hat sie zu der Teilnahme motiviert?
- Wie hätte man sie zum Bleiben motivieren können?
- Werden sie wieder an so einem Projekt teilnehmen?
- Und warum war der Altersdurchschnitt der Teilnehmer so hoch?

³ Für das Alter der Teilnehmer gibt es keine quantitativen Nachweise. Diese Beurteilung beruht lediglich auf den Beobachtungen, siehe Transkript der Gruppendiskussion, Seite 25.

Auf Grundlage der Forschung nach der Motivation der Akteure, evozierte sich die Frage, ob das Projekt aus Sicht der verschiedenen Akteure gelungen sei. Es blieb offen, ob die Erwartungen erfüllt wurden oder ob die Veranstaltungen eher Frustration hervorriefen. Aus diesem Grunde wurde bei der Gruppendiskussion versucht herauszufinden, welche Erwartungen die Akteure an das Projekt hatten, warum genau sie teilgenommen haben, ob sie wieder an solchen Veranstaltungen teilnehmen würden und was ihnen dann wichtig wäre. Auch erschien es als sinnvoll zu ergründen, was den Teilnehmern besonders wichtig war, das in den Veranstaltungen passieren bzw. angesprochen werden sollte. Daran und an die direkte Frage nach dem Erfolg des Projektes knüpft sich die Frage, wie die langfristige Wirkung des Projektes eingeschätzt wird. Alle diese Fragen wurden, mehr oder weniger ausführlich, im Zuge der Gruppendiskussion beantwortet und können daher in Kapitel vier ausgewertet werden.

3.3. Methode

„Das Zauberwort heißt also Kontext“ (Bohnsack 2014, S. 23)

Entstehung

Für die empirische Bearbeitung des Themas schien die Gruppendiskussion am geeignetsten, da sie schon zu ihrer Entstehungszeit in den 1930er Jahren in den USA zur Untersuchung von Motivationsstrukturen verwendet wurde. Anfangs noch hauptsächlich in der kommerziellen Markt- und Meinungsforschung angewandt, wurde sie in Deutschland erstmals 1950/51 vom Frankfurter Institut für Sozialforschung auch „zur Untersuchung von Phänomenen des politischen Bewusstseins der deutschen Bevölkerung eingesetzt“ (Lamnek 2010, S. 373) (vgl. Lamnek 2010, S. 372f.; Dreher und Dreher 1991, S. 186 unter Bezug auf Pollock 1955 und Mangold 1960, 1973).

In der kommerziellen Markt- und Meinungsforschung noch sehr weitgehend eingesetzt, wird die Gruppendiskussion in neueren methodologischen Diskussionen um das interpretative Paradigma jedoch eher vernachlässigt, methodologisch wenig entwickelt und im wissenschaftlichen Bereich auch relativ selten angewendet (vgl. Lamnek 2010, S. 374 f.). Unter Bezug auf Bohnsack (2014, 2010), Mattissek et al. (2013), Dreher und Dreher (1991), Ernst (2010), Bohnsack und Przyborski (2010) und Lamnek (2010) sollen die Besonderheiten der Methode im Folgenden dargestellt werden.

Wichtig für die Ausrichtung, Qualität und Gültigkeit der Methode seien laut Bohnsack (2010) die theoretischen Modelle, die sie begründen: „Das Modell des *Individuums in öffentlicher Auseinandersetzung* in den 1950er Jahren, das Modell der *informellen Gruppenmeinung* Anfang der 1960er Jahre, dasjenige des *interpretativen Aushandelns von Bedeutungen* Ende der 60er Jahre und schließlich das auch diesen Band bestimmende Modell *kollektiver Orientierungsmuster* seit Mitte der 1980er Jahre.“ (Bohnsack 2010, S. 7; Hervorhebungen im Original).

Gruppendynamik – kollektive Orientierungsmuster

Grundlegend kann eine Gruppendiskussion, ob in vermittelnder oder ermittelnder Weise, „[...] als Gespräch einer Gruppe von Untersuchungspersonen zu einem bestimmten Thema unter Laborbedingungen [...]“ (Lamnek 2010, S. 376) aufgefasst werden. Mit dem Ziel kollektive Orientierungsmuster zu erheben, also „[...] die Orientierungs- und Legitimitätsmuster der einzelnen Gruppen zu rekonstruieren“ (Ernst 2010, S. 172), dient die Gruppendiskussion „[...] als Verfahren zur Erfassung von Meinungen, Einstellungen [und] kreativen Anregungen“ (Dreher und Dreher 1991, S. 186). Dabei sei besonders die durch die Interviewsituation entstehende Gruppendynamik von Interesse. Es werden Aspekte diskutiert, die in Einzelinterviews eventuell nicht angesprochen worden wären, oder auch tabuisiert sind.

In einer Gruppendiskussion herrscht idealerweise eine gewisse Vertrautheit zwischen den Teilnehmern, was eine größere Offenheit ermöglicht als die bloße Begegnung mit dem Interviewer (vgl. Matissek et al. 2013, S. 184). Durch wechselseitige Stimulationen der Diskussionsteilnehmer, soll wesentlich Gemeintes zur Sprache kommen. Außerdem ermöglicht die Situation eine Realitätsnähe und Spontaneität in den Äußerungen (vgl. Dreher und Dreher 1991, S. 186).

Bohnsack und Przyborski (2010, S. 235) beschreiben unter Bezug auf Mangold (1960) genauer, dass diese Gruppenmeinungen „gleichsam arbeitsteilig“ vorgebracht werden. Durch gegenseitiges Bestätigen, Ergänzen, Berichtigen und aufeinander Aufbauen, erwecken Diskussionsbeiträge den Anschein, zueinander zu passen. Dreher und Dreher (1991, S. 186) merken jedoch an, dass diese erzielte kollektive Gruppenmeinung weniger einer Produktion von Meinungen entspreche, als einer Regulierung der Meinungsvielfalt und -gültigkeit.

Entsprechend dieses Ziels, des Ergründens einer kollektiven Gruppenmeinung, ist auch die Auswahl der Teilnehmer entscheidend.

Gruppe – Auswahl der Teilnehmer

Häufig wird in der Literatur geraten, dass die Gruppe für eine Gruppendiskussion eine „Realgruppe“ sein solle. Das heißt, dass alle Beteiligten vom Gegenstand der Diskussion als Gruppe betroffen sind, besser noch, dass sie „gewachsene natürliche Gruppen“ seien (vgl. Dreher und Dreher 1991, S. 186f. unter Bezug auf Nießen 1977; Ernst 2010, S. 172). Jedoch wird unter anderem von Ernst (2010, S. 172 unter Bezug auf Mannheim 1980) auch heraus gestellt, dass lediglich die „konjunktiven Erfahrungsräume“ der Diskussionsteilnehmer, also ähnliche Sozialerfahrungen in Bezug auf das zu untersuchende Thema, wichtig seien.

In der vorliegenden Forschung bestand die Gruppe aus sieben Teilnehmern (eigentlich acht, aber P5 kann außer Betracht gelassen werden, da sie nur stiller Beobachter war und sich nicht an der Diskussion beteiligte, sowie bei keinen vorherigen Veranstaltungen anwesend war), die alle Einwohner einer Stadt waren und alle (teils gemeinsam) an dem Projekt „Demografie und bürgernahe Politik in Stollberg“ teilgenommen haben. Jedoch stammten sie weder aus der gleichen Alters- oder sozialen Klasse, noch übten sie den gleichen Beruf aus. Es ist demnach auch nicht genau abzugrenzen, ob es sich bei der Gruppe um eine homogene oder eine heterogene Gruppe handelte, da sie sich grundlegend voneinander unterschieden, doch das Merkmal der Teilnahme an dem Beteiligungsprojekt gemeinsam hatten (vgl. Mattissek et al. 2013, S. 185). Die von Lamnek (2010, S. 396) empfohlene Gruppengröße von fünf bis zwölf Teilnehmern wurde weder unter- noch überschritten. Auch war es eine ungerade Anzahl von Diskussionsteilnehmern, „um Frontenbildung und Pattsituationen zu vermeiden“ (Mattissek et al. 2013: 15).

Ausgewählt wurden die Teilnehmer aufgrund ihrer aktiven Teilnahme an dem Beteiligungsprojekt. Durch teilnehmende Beobachtung konnte im Vorhinein untersucht werden, welche Teilnehmer großes Interesse an dem Projekt zeigen und somit auch an einer weiterführenden Teilnahme interessiert wären.

Da die Akteure einer Bürgerbeteiligung, wie es hier untersucht werden soll, nicht nur die Rolle der Bürger einnehmen, sondern auch als Stadtverwaltung,

Verein, Wohnungsbaugenossenschaft oder –gesellschaft auftreten, wurden zur Gruppendiskussion Vertreter der jeweiligen Akteursgruppen eingeladen. So kommt es dazu, dass die Eigenschaft der „Freiwilligkeit“ bürgerschaftlichen Engagements auf einige Teilnehmer der Gruppendiskussion nicht zutrifft, da sie für ihr Engagement bezahlt wurden, von ihrem Arbeitgeber „ausgewählt“ (P3, Z. 135) wurden.

Ziel in diesem Fall – Diskursstruktur - Ablauf

Unter Bezug auf Lamnek (2010, S. 376f.) und Bohnsack (2010, S.8) sollte die Gruppendiskussion in diesem Forschungsfall dazu dienen, die Meinungen und Einstellungen einzelner Teilnehmer der Gruppendiskussion zu erkunden und Gruppenprozesse zu erzeugen, die zu der Bildung der bestimmten individuellen oder Gruppenmeinung führen. Entscheidend dabei ist die Diskursorganisation, also wie die Beteiligten aufeinander Bezug nehmen. Durch das Diskutieren werden Begründungen und Bewertungen argumentativ ausgetauscht und individuelle Sinnperspektiven der Auffassung von Realität erweitert und geklärt.

So sollte dieser Prozess auch in der Praxis gegliedert sein wie eine idealtypische Diskussion: Zuerst wird der eigene Standpunkt dargelegt und begründet. Er wird sich also bewusst gemacht, wodurch eine Reflexion zum Thema stattfindet. Dies wird vom Moderator schriftlich festgehalten, denn in der nächsten Phase kommt es zum Vergleichen und Abwägen der verschiedenen Standpunkte und Argumente. Wurden diese Standpunkte vom Moderator schriftlich festgehalten, kann im Verlauf der Gruppendiskussion beobachtet werden, wie sich durch gegenseitige Beeinflussung und Reflexion der Ist-Zustand der Teilnehmer verändert. Ziel ist ein Konsens, wobei ein Konsens in diesem Fall bedeutet, „dass im Zuge der Auseinandersetzung mit dem Thema und den anderen Gruppenmitgliedern eine für alle Beteiligten hinlängliche Klärung des Sachverhalts erfolgt“ (Dreher und Dreher 1991, S. 187). So dient also die Gruppendiskussion nicht nur als Informationsquelle für den Forscher, sondern auch als Lernprozess für die Teilnehmer (vgl. Dreher und Dreher 1991, S. 187f.).

Entscheidend für das Gelingen einer Gruppendiskussion ist die Vorbereitung durch den Moderator. Beginnend bei der Auswahl der Teilnehmer, dem Sampling, über die Einladungen, das Besorgen eines Raumes, Vorbereiten von Plakaten bis hin zu der Durchführung, dem richtigen Grundreiz zum Beginn der

Diskussion, der schriftlichen Fixierung der Eckpunkte und dem richtigen Beenden der Diskussion.

Einen ausführlichen Leitfaden für den Ablauf einer Gruppendiskussion bieten Przyborski und Wohlrab-Sahr (2014, S. 67f.). Sie gliedern den Diskussionsverlauf in vier Phasen, nach denen sich auch in der vorliegenden Forschung gerichtet wurde. Nach Przyborski und Wohlrab-Sahr sollte eine Gruppendiskussion mit einer „Smalltalk-Phase“ beginnen. Ziel dieser Phase ist es, dass die Teilnehmer in der Situation ankommen und in ihrer momentanen Befindlichkeit wahrgenommen werden. Dazu stellt der Moderator Fragen wie: „Haben Sie einen Parkplatz gefunden?“, „Wissen Sie von Personen, die eigentlich kommen wollten, aber verhindert sind?“ und „Ist der Zeithorizont für Sie in Ordnung?“. Nach diesem ersten „Smalltalk“ wird nach dem Einverständnis gefragt, ob das Gespräch aufgenommen werden darf, man erwähnt die Vertraulichkeit im Umgang mit den Daten und die Maskierung der Namen und Ortsangaben, die Rückschlüsse auf Personen geben können. Gegebenenfalls muss erklärt werden, warum es sinnvoll ist, das Gespräch aufzuzeichnen. Anschließend wird das Diktiergerät eingeschaltet, mit der Anmerkung, dass das Gerät jetzt eingeschaltet sei (wird mit aufgezeichnet). Folge dieses etwas späteren Einschaltens des Gerätes ist, dass die ersten Aufnahmeminuten nicht in den Bereich des Interviews fallen. Hierbei ist es von Vorteil, wenn ein Protokollant die Stimmung zu Beginn vermerken kann. Ist das Gerät eingeschaltet, werden vom Moderator der Ablauf des Gesprächs und die dazugehörigen Gesprächsregeln dargestellt.

Dreher und Dreher (1991) stellen heraus, dass es sich als notwendig erweise, Regelungen wie „sich kurz und verständlich ausdrücken, zuhören, sich für den Standpunkt des anderen interessieren, nicht sofort bewerten etc.“ (Dreher und Dreher 1991, S. 188) vorab zu thematisieren. Diese Gesprächsregeln von Dreher und Dreher wurden in der vorliegenden Forschung noch um die von Runge (2015) und des Kepler-Gymnasiums Tübingen (2016) erweitert bzw. ergänzt.

Es folgt eine alltagssprachliche Einführung der Interviewten in das Interviewformat. Die Teilnehmer werden darauf hingewiesen, dass sie möglichst viel und gerne ausführlich von sich aus erzählen sollen, da der Gesamtzusammenhang ihrer persönlichen Sichtweise für die Forschung interessant sei. Zum Ende dieser ersten Phase spricht der Moderator noch die ungewohnte Erzählsituation an, die das Format für alle Beteiligten darstellt (vgl. Przyborski und Wohl-

rab-Sahr 2014, S. 67f.). Um jedoch einen leichteren Einstieg in die folgende Diskussion zu finden, wurde in der vorliegenden Diskussion erst noch einmal das Projekt und dessen Ablauf vorgestellt, worauf eine Vorstellungsrunde folgte. Mit dieser Vorstellungsrunde, in der jeder kurz seinen Namen und die Organisation/Institution vorstellte, für die er gegebenenfalls als Vertreter anwesend war und den Beweggrund für seine Teilnahme an dem Projekt nannte, lernten sich die Teilnehmer kennen und verloren die Scheu, lange alleine zu sprechen. Trotzdem merkte man vielen noch Unsicherheiten an. Dazu mehr im folgenden Kapitel.

Wichtig für den Verlauf der Diskussion ist die zweite Phase: die Eingangsfrage oder der Erzählstimulus. Lamnek (2010) sagt dazu: „Sehr entscheidend, wenn auch zeitlich ein nur kurzes Element der Gruppendiskussion, ist die Präsentation des Grundreizes durch den Moderator, der damit das Thema festlegt. Dieser Punkt wird besonders herausgegriffen, weil der gesamte Diskussionsverlauf von ihm determiniert wird: Richtung, Ausmaß, Gestaltung, Sprache usw. sind davon abhängig“ (Lamnek 2010, S. 378). Ziel der Eingangsfrage ist also, dass die Interviewpartner selbst gestaltete Darstellungen in Form von Erzählungen oder Beschreibungen produzieren können. Dazu eignen sich Aufforderungen zu erzählen oder zu beschreiben mit Fragen nach was und wie. In der vorliegenden Forschung wurde eine Frage gewählt, die auf Befindlichkeiten abzielt und sich direkt an das Projekt anschließt, gleichzeitig eine Vagheit und ein Interesse an dem Expertenwissen der Diskussionsteilnehmer enthält (vgl. Przyborski und Wohlrab-Sahr 2014, S. 68ff.).

In der darauf folgenden dritten Phase der immanenten Nachfragen werden Fragen gestellt, die sich unmittelbar auf das bisher Gesagte beziehen. Das heißt, es wird auf zuvor Gesagtes hingewiesen, um weitere Ausführungen gebeten. Es sollen erst weitere Erzählungen und Beschreibungen evoziert werden, bevor nach Begründungen oder Meinungen gefragt wird. Fragen des Moderators für diese Phase der Diskussion beziehen sich auf Detaillierungen, Füllen von Leerstellen in der Chronologie, weitere und genauere Ausführungen von Unverständlichem und: Wie geht es weiter? (vgl. Przyborski und Wohlrab-Sahr 2014, S. 70f.).

Erst in der nächsten Phase dürfen exmanente Fragen gestellt werden, also Fragen, die sich nicht oder nur entfernt auf das bisher Gesagte beziehen. An

dieser Stelle können Fragen zum Forschungsthema gestellt werden, soweit sie in dem bisherigen Diskussionsverlauf noch nicht beantwortet wurden. Auch dient diese Phase der Darstellung der Kernkonflikte, Problemstellungen und strukturierenden Fragen (vgl. Przyborski und Wohlrab-Sahr 2014, S. 72).

Die fünfte und letzte Phase beendet dann das Gespräch, was auch vom Interviewer übernommen werden sollte. Ist das Gerät abgeschaltet, tritt eine „Off-Record-Situation“ ein, in der der Moderator das Interesse am Entindexialisieren von Sachverhalten äußern kann. Ist dies durch die Diskussionsteilnehmer nicht gewünscht, bleibt dem Moderator, den Teilnehmern das Gefühl zu vermitteln, das Ziel des Gesprächs erreicht zu haben, mit der wissenschaftlichen Arbeit weiter gekommen zu sein und sich für die Kooperation, Hilfsbereitschaft, Mühe und Zeitinvestition zu bedanken (vgl. Przyborski und Wohlrab-Sahr 2014, S. 72f.).

Herausforderungen und Probleme

Grundlegend wichtig für die Durchführung einer Gruppendiskussion ist, dass der Moderator Erfahrungen im Bereich der Moderation von Gruppen vorweisen kann. Es ist keine einfache Aufgabe, einen Diskussionsprozess einzuleiten, aufrechtzuerhalten und anschließend wieder zu beenden. Nur mit sehr guter Vorbereitung, u.a. in Form eines Moderationskonzeptes (siehe Anhang), kann dieser Prozess gelingen (eine große Hilfe bei der Vorbereitung der GD waren auch die Trainerwörterbücher der Bildsprache von Haußmann 2015, 2016). Doch auch mit der besten Vorbereitung in Form von Vorgesprächen, Moderationskonzept, Moderationskoffer und unterstützendem Protokollanten, kann es zu unvorhergesehenen Problemen vor, während und nach der Gruppendiskussion kommen.

Ein Problem bei der Vorbereitung der Gruppendiskussion war, dass sich nicht viele weibliche Teilnehmer angefund haben, wodurch das Ergebnis der Diskussion nicht repräsentativ für den Bevölkerungsdurchschnitt der Stadt sein kann. Es spiegelt jedoch die Teilnehmerstruktur des Projektes wider, da der Anteil der männlichen Teilnehmer mit 62,3% deutlich über dem der weiblichen Teilnehmer mit 37,7% lag (vgl. Tabelle 1).

Gebiet	m	m %	w	w %	Gesamt
<i>Hufelandgebiet</i>	6	33,3	12	66,7	18
<i>Kernstadt</i>	9	64,3	5	35,7	14
<i>Gartenstadt</i>	21	75	7	25	28
<i>Fliederhain</i>	11	55	9	45	20
<i>Eichenbuschsiedlung</i>	24	64,9	13	35,1	37
<i>Zu den Teichen</i>	10	76,9	3	23,1	13
Gesamt	81	62,3	49	37,7	130

Tabelle 1 - Anzahl männliche (m), weibliche (w) Teilnehmer nach Gebieten.

Nicht beachtet wurden dabei nicht eindeutige Angaben. (Quelle: Teilnehmerlisten der Veranstaltungen)

Schwierig gestaltete sich, aufgrund verschiedener Umstände, auch die Einladung, sodass sie erst eine Woche vor dem Termin der Gruppendiskussion postalisch bei den Teilnehmern eintrafen. Trotz der relativ kurz folgenden Rückmeldefrist, meldeten sich vier von den sechs Eingeladenen mit einer positiven Erwiderung, einer sagte ab und einer erschien trotz fehlender Antwort.

Ein weiteres Problem bei Gruppendiskussionen kann der unterschiedliche Redeanteil der Teilnehmer sein. Es kann vorkommen, dass ein oder zwei Diskussteilnehmer die Diskussion sehr dominieren, wie es auch in der vorliegenden Diskussion der Fall war. Hier fällt dem Moderator / den Moderatoren die Aufgabe zu, den Teilnehmer zu bremsen, zum Thema zurück zu führen und gegebenenfalls andere Teilnehmer zum Reden zu animieren. Aufgrund mangelnder Erfahrung und Durchsetzungsfähigkeit lag der Redeanteil eines Teilnehmers der vorliegenden Gruppendiskussion bei ca. 30%.

3.4. Transkription, Analyse und Auswertung

„Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass auch die offenen, die rekonstruktiven Erhebungsverfahren [...] einen Eingriff in die Normalität der Alltagskommunikation darstellen.“

(Bohnsack 2014, S. 104)

Die vorliegende Forschung verwendet durch die Erhebung in Form der Gruppendiskussion einen rekonstruktiven Zugang. Nicht nur eine Alltagspraxis wurde rekonstruiert, sondern auch die eigene Praxis des Forschens. Zum interpretativen Fremdverstehen der erhobenen Daten, ist das Prinzip der Offenheit und Kommunikation nötig (vgl. Bohnsack 2014, S. 23f, unter Bezug auf Hoffmann-Riem 1980). Dieses Prinzip besagt, dass die Erhebung bedeutungsstrukturierter Daten nur möglich sei, wenn der Forscher eine Kommunikationsbeziehung mit dem „Forschungssubjekt“ eingehe. Offenheit erzeugt der Forscher, indem „[...] die theoretische Strukturierung des Forschungsgegenstandes zurückgestellt wird, bis sich die Strukturierung des Forschungsgegenstandes durch die Forschungssubjekte herausgebildet hat“ (Hoffmann-Riem 1980, S. 346).

Diese Offenheit, also Strukturierung im Zuge der Analyse, kann durch eine induktive Kategorienbildung erzeugt werden. Damit werden sich Strukturierungen offen gehalten, die durch die „Forschungssubjekte“ selbst hervorgerufen werden (vgl. Bohnsack 2014, S. 23f., 104; Bohnsack 2010, S. 13; Bohnsack und Przyborski 2010, S. 235ff.; Bohnsack et al. 2010, S. 13; Mattissek et al. 2013, S. 183; Dreher und Dreher 1991, S. 186ff.). Bei der Transkription, Kategorienbildung und qualitativen Inhaltsanalyse wurde sich insgesamt nach Mattissek et al. (2013, S. 200ff.), Mayring (2015, S. 24 ff., 72), Dresing und Pehl (2015, S. 21ff.) und Kuckartz (2014, S. 66, 69, 79ff., 136f.) gerichtet.

Transkription

Die Transkription der Aufnahme der Gruppendiskussion wurde nach Transkriptionsregeln erstellt, welche auf Kuckartz (2014, S.135f.) und Dresing und Pehl (2015, S. 21ff.) basieren (siehe Anhang). Die ausgewählten Regeln stellen eine Kombination dar, weil die für diesen Fall passendsten ausgewählt wurden. Es werden zum Beispiel nicht, wie von Kuckartz (2014, S. 136) vorgesehen, Einwürfe von Personen in Klammern gesetzt. Einwürfe und Sprecherüberlappungen werden stattdessen mit // gekennzeichnet. Auch wurden Lautäußerungen der befragten Person, die die Aussage unterstützen oder verdeutlichen, wie

Lachen oder Seufzen, nicht in einfachen Klammern notiert, sondern es werden alle nonverbalen Äußerungen grundsätzlich mit Doppelklammern notiert. Auch wird der durch Kuckartz vorgeschlagene Kennzeichnungsmodus unverständlicher Worte durch (unv.) noch der Grund für die Unverständlichkeit hinzugefügt. Diese Ergänzungen, Kombination bzw. Veränderungen der Transkriptionsregeln dienen nicht nur dem besseren Lesefluss, sondern sollen auch wichtige Informationen für die Analyse und Interpretation liefern. Der Grund für Unverständlichkeit von Worten kann in der Aufnahmequalität, dem Dialekt, aber auch Sprecherüberlagerung liegen. Sprecherüberlagerungen zeigen eine soziale Interaktion, eventuell sogar mangelndes Interesse an dem, was der andere Sprecher gerade äußert. So wurde auch hinzugefügt, dass Wortdoppelungen und Satzabbrüche transkribiert und nicht geglättet werden, wenn sie für den Sprachstil der Person prägnant sind. Häufige Satzabbrüche lassen auf Unsicherheiten schließen, während der Grund für Wortdoppelungen darin liegen könnte, dem Gesagten noch mehr Ausdruck verleihen zu wollen. Die Transkription mit ihren Regeln bildet also eine wichtige Grundlage für die Analyse der Forschungsergebnisse. Diese Analyse der Gruppendiskussion erfolgt im folgenden Kapitel unter Anbetracht der theoretischen Grundlagen und der praktischen Erfahrungswerte durch die teilnehmende Beobachtung der Veranstaltungen. Dabei soll die Frage nach der Motivation der Akteure besonders im Vordergrund stehen.

Kategorien

Zur Annäherung an diese Fragestellung wurde das Transkript in ein deduktives Kategoriensystem⁴ unterteilt, das anhand der forschungsleitenden Fragen und theoretischen Motivbündel erstellt wurde (vgl. Mattissek et al. 2013, S. 200ff., Mayring 2015, S. 24ff., Kuckartz 2014, S. 69ff.). In der Vorstellungsrunde, zu Beginn der Gruppendiskussion, äußerten die Teilnehmer erstmals „*Beweggründe*“ für die aktive Partizipation am Projekt. Diese Kategorie wurde induktiv größtenteils in „*Motivation*“ umbenannt und in die einzelnen Unterpunkte unterteilt, die in dem folgenden Kapitel genauer dargestellt werden (vgl. Kapitel 4.1. S. 30). Die Kategorie „*Gefühl*“ enthält die Antworten, die die Teilnehmer zu der Impulsfrage der GD gaben: Wie fühlen Sie sich am Ende der Veranstaltungen? Mit „zu

⁴ Die Kategorien der Auswertung werden zur besseren Übersicht im Folgenden *kursiv* hervorgehoben.

kurz“ werden Absätze markiert, in denen die Teilnehmer darstellen, welches Thema ihnen im Laufe der Veranstaltungen eventuell *zu kurz* gekommen ist. Die Kategorie „*langfristige Wirkung*“ umfasst Einschätzungen zur Nachhaltigkeit des Projektes. Auch wichtig in der Betrachtung ist, wie die Teilnehmer von dem Projekt „*erfahren*“ haben und ob sie sich eine „*andere Kommunikation*“ gewünscht hätten. Antworten auf die Frage, ob sie wieder an so einer Veranstaltung teilnehmen würden, fallen in die Kategorie „*wieder teilnehmen*“. Die letzte deduktiv durch die Forschungsfragen erstellte Kategorie „*Alter*“ bezieht sich auf Aussagen der Teilnehmer zu dem Thema, warum der Altersdurchschnitt der Veranstaltungen so hoch war.

Induktiv ergaben sich im Zuge der Auswertung noch weitere Kategorien, die insbesondere die Fragen nach den „*Erwartungen*“, „*Kenntnissen*“ zu Partizipation mit denen die Teilnehmer in das Projekt gegangen sind, sowie Ideen zur „*Weiterarbeit*“ widerspiegeln. Insbesondere wegen der Aussagen der Stadtmitarbeiter und des Vertreters der WBG, wurden zusätzlich induktiv die Kategorien „*Etablieren, Initiieren von Bürgerbeteiligung*“ und „*Aufbau auf Erfahrungen*“ eingeführt. Dabei fiel auf, dass einige Akteure auch auf „*andere Beteiligungsformen*“ aufmerksam machten. Aussagen, die „*Moderation*“ betreffend, wurden in die Betrachtung gezogen, da sie einen wichtigen Teil des Projektes und der *Initiierung* der Beteiligung darstellte. (Übersicht der Kategorien siehe Anhang).

4. Empirische Ergebnisse

Die theoretische Einführung in Bezug auf das Untersuchungsgebiet, Grundlagen und Begriffsbestimmungen sollen im Folgenden dazu dienen, sich projektbezogen den Motiven der Akteure einer Bürgerbeteiligung zu nähern. Dazu gibt es von Anheier und Toepler (2001/2003, S. 19) sowie Böhle et al. (2001, S. 35) verschiedene Motivbündel, die in Gutachten für den Bericht der Enquete-Kommission (2002, S. 51f.) erstellt wurden und hier als Richtwerte für die Kategorien zur Analyse und Interpretation der Gruppendiskussion dienen. Zuerst werden die entsprechenden Motivbündel vorgestellt bevor sie mit den Ergebnissen der Gruppendiskussion in Verbindung gebracht werden.

4.1. Theoretische Motive

„[...] wenn man schon die Möglichkeit kriegt, mitzuarbeiten, da sollte man den Strick greifen [...] und einfach kräftig dran ziehen. Dabei bewegt man doch etwas.“ (P7, Transkript Z. 184f.)

Zu der Gruppe der *altruistischen Motive* gehören: Solidaritätsgefühl für Arme und Notleidende, Mitgefühl oder Mitleid, Identifikation mit Menschen in Not, benachteiligten Menschen Hoffnung zu schenken und der Menschenwürde gerade von Armen und Benachteiligten Achtung zu verleihen. Die nächste Gruppe ist die der *instrumentellen Motive*. Zu ihr zählen: neue Erfahrungen und Fähigkeiten zu erlangen, sinnvolle Nutzung der Freizeit, andere Menschen zu treffen, Kontakte zu knüpfen, persönliche Zufriedenheit zu finden sowie sinnvolle Beschäftigung. Die Gruppe der *moralisch-obligatorischen Motive* gliedert sich in moralische oder religiöse Pflichten, humanitärer Beitrag für die Gemeinschaft, Buße zu leisten sowie politische Verpflichtungen und Wertekonzeptionen. Zu der letzten Gruppe, der *gestaltungsorientierten Motive*, rechnen Anheier und Toepler aktive Partizipation und Mitbestimmung, Kommunikation und soziale Integration und die Veränderung gesellschaftlicher Missstände.

Eine zweite, etwas andere Gliederung der Motive bürgerschaftlichen Engagements unternahmen Böhle et al. (2001, S. 35). Auch bei ihnen gibt es die *altruistischen Gründe*, zu denen Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung gehören ebenso wie die *gestaltungsorientierten Gründe*, die von aktiver Partizipation und Mitbestimmung determiniert werden. Doch Böhle et al. identifizierten außerdem *gemeinschaftsbezogene Gründe*, die Kommunikation und soziale Integration zum Ziel haben, *problemorientierte Gründe*, bei denen es um die Be-

wältigung eigener Probleme und die Veränderung gesellschaftlicher Missstände geht, sowie die Gruppe der *entwicklungsbezogenen Gründe*, die ein „Personal Growth“ und Selbstverwirklichung anstreben.

Die Enquete-Kommission (2002, S. 52) äußert die Annahme, dass durch die Pluralisierung und Individualisierung der Gesellschaft und dem damit einhergehenden Strukturwandel der Formen des Engagements, auch die Motive für Engagement eine Veränderung erfahren haben. Es wird die Beobachtung erläutert, dass es einen Wandel von pflichtbezogenen Motiven zu selbstbezogenen Motiven gebe. Die altruistischen Begründungen und Orientierungen der Dienst- und Pflichterfüllung treten in den Hintergrund, gleichzeitig nehmen jedoch die Erwartungen einer Bereicherung der eigenen Lebenserfahrung, Erweiterung der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen und der Wunsch nach Mitgestaltung, nicht nur im eigenen Lebensumfeld, zu. Während also Pflicht- und Akzeptanzwerte an Bedeutung verloren, habe das Engagement für Bürgerrechte, politische und ethische Überzeugungen, für ökologische Lebensbedingungen und somit die Selbstentfaltung an Bedeutung gewonnen. Statt einer Verschiebung von altruistischen zu instrumentellen, moralisch-obligatorischen Gründen, sieht die Enquete-Kommission jedoch eher ein neues gemeinsames Motivbündel: *Gemeinwohlorientierung und das Interesse an Selbstentfaltung*.

Eine wichtige Erkenntnis der Enquete-Kommission (2002, S. 52ff.) ist außerdem, dass sich die Motive zum bürgerschaftlichen Engagement in den gesellschaftlichen Erwartungen, dem Alter und der persönlichen Biografie der Akteure begründen. Es entstehe ein Zusammenhang von Einzelmotiven, bei dem sich die Motivzugänge zwar nicht widersprechen, doch eine Verbindung von Selbstbezug und Gemeinwohlorientierung erschaffen. Unter Bezug auf Ueltzhöffer und Ascheberg (1995) stellt die Enquete-Kommission (2002, S. 52) das Ergebnis einer Befragung dar, nach dem „[...] pflichtbezogene und auf Helfen orientierte Begründungen in den älteren Generationen stärker ausgeprägt [sind] als in den jüngeren Generationen.“ Insgesamt spiele *Pflichtbewusstsein* eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu den Motivgruppen *Helfen*, *Gestaltungswille* und *Ich-Bezug*. 32% der über 70-Jährigen und nur jeder zehnte Jugendliche sah Engagement als *Bürgerpflicht* an. Charakteristisch für die mittlere und jüngere Altersgruppe sei hingegen das Motiv des *Gestaltungswillens*. Diesen Wertewandel, der sich auch im Ehrenamt widerspiegelt, thematisiert Frank (2010, S. 169f.

unter Bezug auf Heinze und Strünck 2001, S. 236) mit dem Begriff des „neuen Ehrenamtes“. Dabei gehe es um eine neue Verbindung von sozialer Gesinnung, persönlicher Betroffenheit, Selbstverwirklichungsmotiven und politischem Veränderungswillen. Das neue Ehrenamt zeichne sich durch Themenorientierung, Projektbezug, *zeitliche Begrenzung* und einen geringen Formalisierungsgrad aus. Auffallend sei, dass ehrenamtliches Handeln zunehmend von *individuellen Interessen* geprägt werde, statt den Interessen von Organisationen zu folgen.

Auch Bemühungen den *allgemeinen gesellschaftlichen Orientierungen* zu entsprechen, spiegeln sich in den Selbstbeschreibungen bürgerschaftlich Engagierter wider. Dies begründe sich in der biografischen Motivstruktur, die der Realisierung religiös oder weltanschaulich fundierter Grundüberzeugungen entsprechen kann. Es soll der Gesellschaft gegenüber eine *moralische Verpflichtung* erfüllt werden, indem kulturell tradierte Werte wie Solidarität, Gemeinsinn und Hilfsbereitschaft Verwirklichung erfahren. Modern werde diese Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung in der aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft gesehen. Dabei können Bezüge zu einem tradierten sozialen Milieu vorliegen, treten aber, im Gegensatz zu der altruistischen Erfüllung des traditionellen Ehrenamtes, als Orientierung für das eigene Handeln eher in den Hintergrund. Es werde das politische Recht auf Einflussnahme und Mitsprache in Anspruch genommen um eine Pflicht gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen.

Die Enquete-Kommission (2002, S. 53) versteht bürgerschaftliches Engagement als „Ausdruck eines spezifischen Lebensstils, der sich durch eine hohe Leistungsbereitschaft, ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl und ein starkes Interesse an Mitsprache und Mitgestaltung auszeichnet.“ Die grundlegende Haltung zu Engagement, die sich häufig schon in der Jugend herausbilde, könne der Bewältigung von Lebenskrisen und aktuellen Problemlagen entsprechen. Es werde an eigene Konflikte angeknüpft, die eigenen Probleme werden im Kontext einer biografischen Neuorientierung bearbeitet, sodass neue Sinnhorizonte und Handlungsmöglichkeiten entstehen. Die eigene Situation werde im Zusammenhang gesellschaftlicher Missstände gesehen. Reichen die vorliegenden Organisationsstrukturen nicht aus, schaffen Engagierte sich eigene organisatorische Rahmenbedingungen durch institutionelle Passungen und die Gründung von Arbeitskreisen und Initiativen. Engagement nehme zum Erreichen persönlich wichtiger Ziele einen hohen Stellenwert und breiten Raum im Alltag

ein. Es gehe um den Neuerwerb von Fähigkeiten, eine mit dem Engagement verbundene Qualifizierung oder die Verwirklichung zentraler biografischer Pläne und Zielsetzungen. „Das Engagement wird dabei zu einem Ort, bei dem Selbstbezug und Gemeinwohlorientierung eine Verbindung eingehen, die sowohl für die individuelle Lebensführung und Sinnkonstruktion als auch für die gesellschaftliche Entwicklung und den Zusammenhalt von zentraler Bedeutung sind“ (Enquete-Kommission 2002, S. 55). Engagement sollte dadurch in der Lage sein, auf aktuelle Problemlagen aufmerksam zu machen und neue Angebote der Problembearbeitung zu entwickeln.

4.2. Praktische Motive

„Schimpfen kann jeder“ (P8, Transkript S. 5)

Mithilfe des Transkripts soll im Folgenden herausgefunden werden, welche Motivationen bezüglich des untersuchten Projektes überwiegen. Dazu können verschiedene Ergebnisse der erstellten Tabelle (siehe Anhang) herangezogen werden. Diese Auszählungen basieren auf der subjektiven qualitativen Inhaltsanalyse des Transkriptes und erheben keinen Anspruch auf Objektivität oder Allgemeingültigkeit.

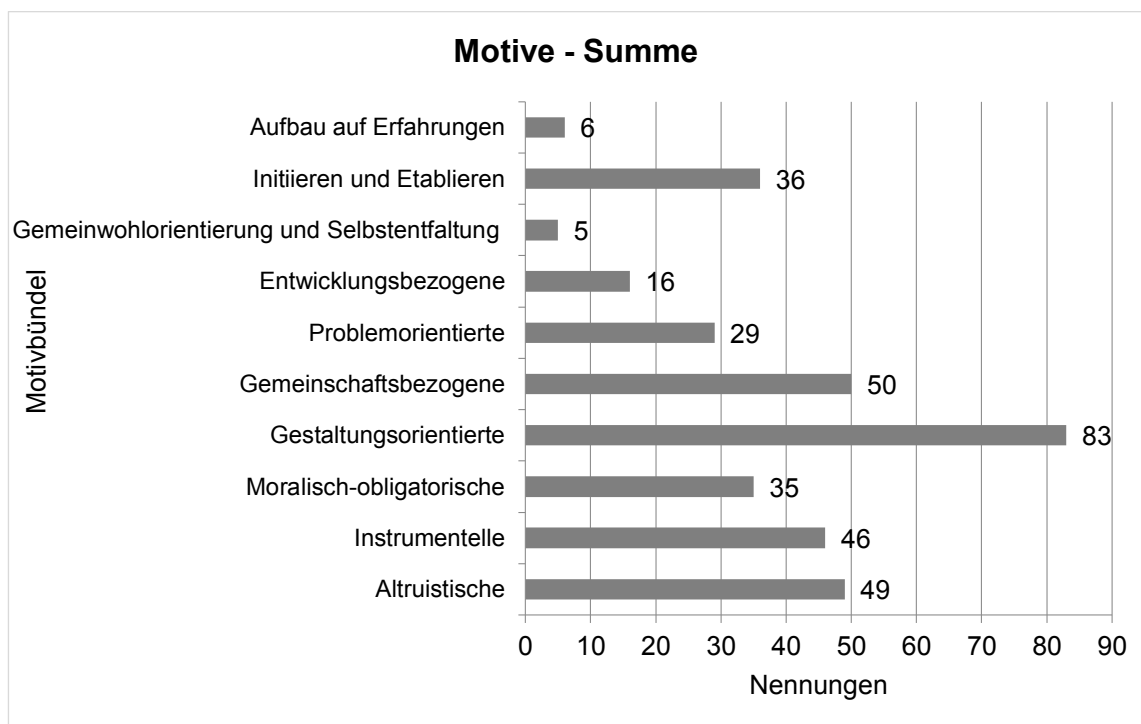


Diagramm 1 - Summe der Motivnennungen, nach Motivgruppen sortiert (eigene Darstellung)

Das Diagramm 1 macht deutlich, dass das mit Abstand am häufigsten erwähnte Motivbündel das der *gestaltungsorientierten* Motive ist. Das nächstwichtigste Motivbündel ist das der *gemeinschaftsbezogenen* Motive, gefolgt von *altruistischen* und *instrumentellen*. Eine weniger große Rolle spielten *entwicklungsbezogene* Motive, also *Personal Growth* und *Selbstverwirklichung* sowie der *Aufbau auf Erfahrungen* und die *Gemeinwohlorientierung* in Kombination mit *Selbstentfaltung*. Da diese Motive jedoch erwähnt wurden, sollen sie auch betrachtet und nicht außen vor gelassen werden. Das *altruistische* Motiv *der Menschenwürde gerade von Armen und Benachteiligten Achtung zu verleihen*, sowie das *moralisch-obligatorische* Motiv *Buße zu leisten*, wurde in der Gruppendiskussion von den Akteuren nicht erwähnt und deshalb in der folgenden Analyse auch nicht weiter betrachtet.

Stadtverwaltung und Wohnungsbaugenossenschaft

Das an fünfter Stelle stehende, ausschließlich von der SV und der WBG erwähnte *Initiieren und Etablieren* von Bürgerbeteiligung, unterstreicht den Modellcharakter des Projektes. Diesen beiden Akteursgruppen ging es offensichtlich hauptsächlich darum, erstmalig ein Bürgerbeteiligungsmodell in der Stadt zu initiieren und langfristig wirksam zu machen. Während bei der WBG die *gestaltungsorientierten* und *altruistischen* Motive trotzdem an erster Stelle standen, machten die Aussagen der SV deutlich, dass das *Initiieren und Etablieren* von Beteiligung bei ihnen den gleichen Rang hat (vgl. Diagramm 2 und Diagramm 3).

Dass bei der WBG auch *gemeinschaftsbezogene* Motive hoch anstehen, liegt darin begründet, dass die Genossenschaft sich um ihre Mitglieder kümmern wolle, wie der Vertreter der WBG häufiger betonte: „[...] wir wollen wirklich aktiv mit dem Bürger arbeiten“ (P1, Z. 247f.) und „[...] das ist eigentlich das positive für mich erst mal gewesen: der Bürger konnte was ansprechen, der Bürger hat sich mitgenommen gefühlt [...]“ (P1, Z. 248ff.) „wir wollen den Bürger ja erst mal motivieren mitzumachen“ (P1, Z. 318f.). Doch auch eine Genossenschaft ist eine wirtschaftliche Vereinigung, die sich öffentlichkeitswirksam zeigen und etablieren muss. Die Pflichterfüllung und politische Verpflichtung spielte bei der WBG eine fast genauso große Rolle wie bei den Vertretern der SV, die, wie sie selbst erwähnten, für das Projekt „auserwählt [wurden] sozusagen“ (P3, Z.135). Die *politische Verpflichtung* der SV und der WBG spiegelte sich in ihren Äuße-

ungen wider. Häufig war die Rede von Förderung und Finanzierung, vor allem in Bezug auf die Umsetzung von Projekten und die Weiterarbeit (Zeile 246, 272, 275, 288, 377, 379, 391, 462, 646, 670, 769, 920, 1116, 1147).

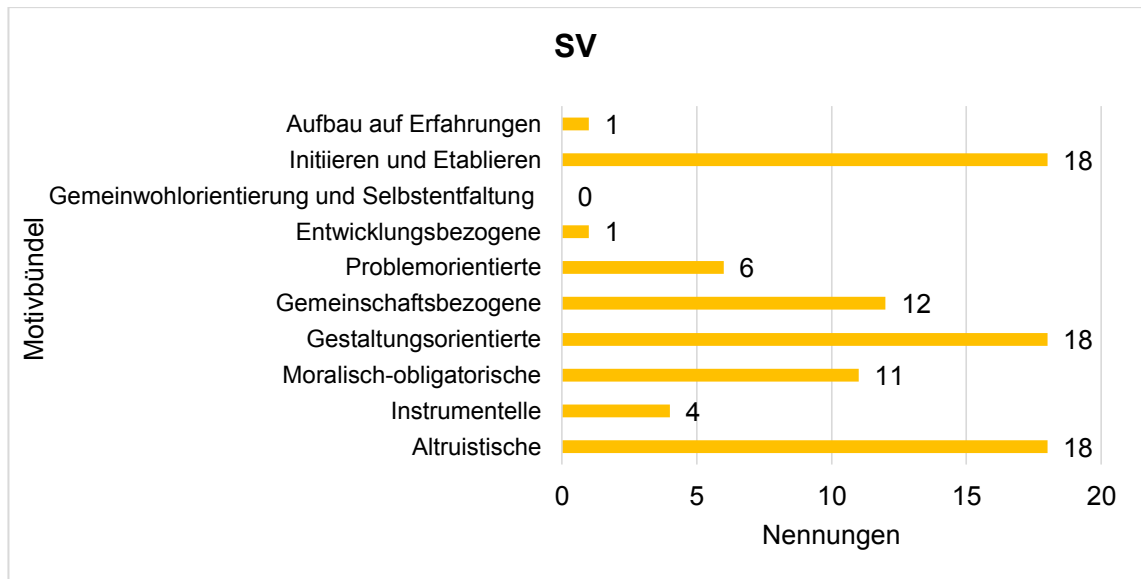


Diagramm 2 - Motive der Stadtverwaltung (eigene Darstellung)

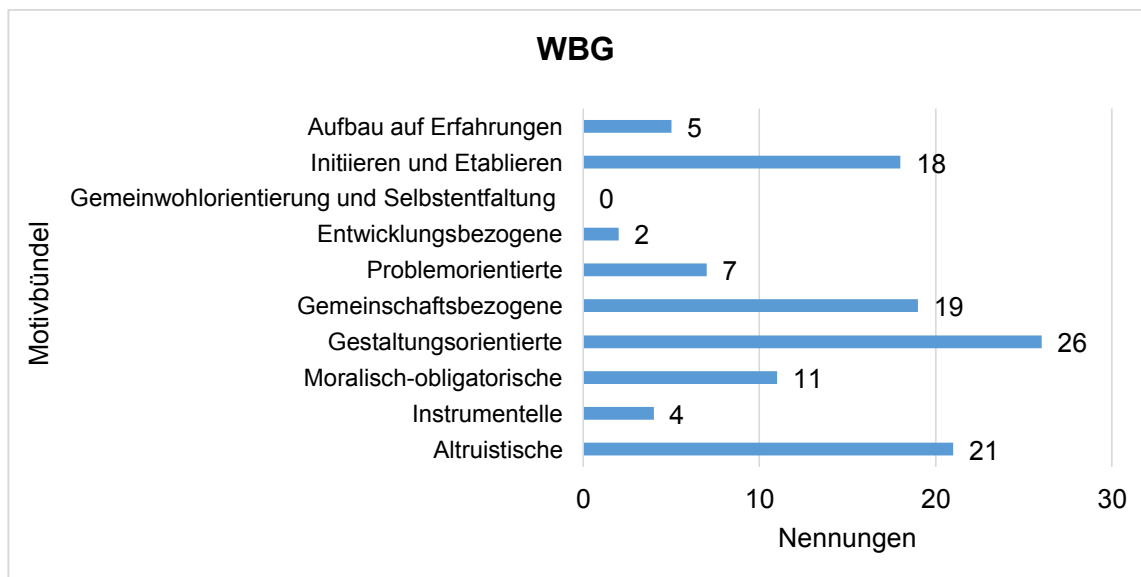


Diagramm 3 - Motive der Wohnungsbaugenossenschaft (eigene Darstellung)

Verein

Auch dem teilnehmenden sozial aktiven Verein steht das direkte Wohl der Gemeinschaft, wie der SV und der WBG, nicht an allererster Stelle. Hier überwiegen vielmehr die *instrumentellen* Motive (vgl. Diagramm 4), vor allem, *Kontakte zu knüpfen*. Mit der Teilnahme geht es dem Verein hauptsächlich darum, „[...] dass wir uns [...] mit beteiligen wollen, auch an allen Sachen, die so in der

Stadt Stollberg laufen.“ Aber auch „[...] dass man uns *kennenlernt*, dass äh, sag ich mal, wir in *Kontakt* kommen, also Bürger und [Verein].“ (P2, Z.116ff.) Es geht also mehr darum, bemerkt zu werden, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten und Voraussetzungen für die Arbeit des Vereines zu schaffen als aktiv an der Gestaltung der Quartiere teilzunehmen. Sehr positiv für den Verein ist zu bemerken, dass Vertreter bei so gut wie jeder Veranstaltung anwesend waren, also keine gebietsspezifischen Interessensunterschiede gemacht haben. Außerdem fand das erste Nachbarschaftstreffen eines Gebietes in den Räumlichkeiten des Vereins statt. Dieser bot im Zuge der Veranstaltung sogar die Hilfe bei der Planung eines Nachbarschaftsfestes an, was jedoch von den Bürgern nicht in Anspruch genommen werden wird, da die Idee eines Wohngebietsfestes schnell wieder verworfen wurde. Das lag laut der SV daran, dass dort „[...] die Momentaufnahme total falsch war“ (P4, Z. 859f.).

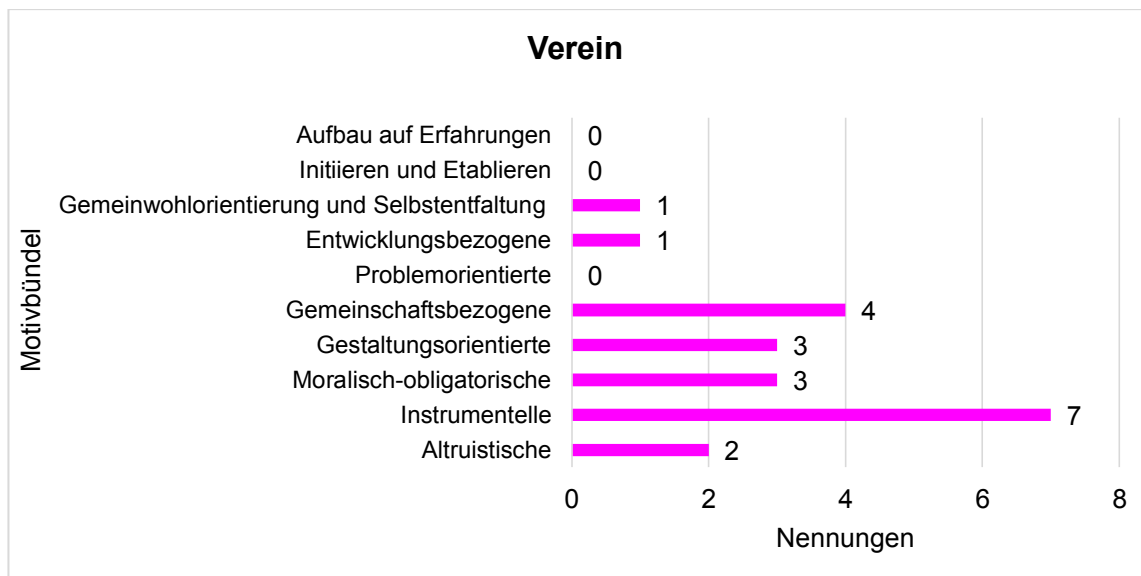


Diagramm 4 - Motive des Vereins (eigene Darstellung)

Bürger

Im Gegensatz zur SV, WBG und dem Verein, ist der motivationale Fokus der Akteursgruppe der Bürger jedoch *gestaltungsorientiert* (vgl. Diagramm 5). Die Bürger möchten *aktiv Partizipieren und Mitbestimmen* und *gesellschaftliche Missstände* in ihrem Wohnumfeld verändern. Ein Bürger äußert seine Meinung zur *aktiven Partizipation* zum Beispiel folgendermaßen: „[...] wenn man schon die Möglichkeit kriegt, mitzuarbeiten, da sollte man den Strick greifen [...] und einfach kräftig dran ziehen. Dabei bewegt man doch etwas“ (P7, Z. 183ff.). Unterstützt wird diese Meinung auch noch durch einen anderen Bürger: „Schimp-

fen kann jeder" [...] wenn man wirklich mal hier die Möglichkeit hat, sich mit einzubringen, paar Ideen mit einzubringen, [...] find ich das eine ganz, ganz tolle und wichtige Sache" (P8, Z. 211ff.). Dieser Wunsch nach Beteiligung äußert sich bei den Bürgern auch in ihren Ansichten zur *Weiterarbeit* nach dem offiziellen Ende des Projektes: „Also ich denke einfach auch, [...] wenn ich uns alle so in der Runde sehe, [dass wir] mit der Überzeugung her gekommen sind, dass das irgendwie, auf einer anderen Art und Weise, oder wie auch immer weiter geht. Also vom Ende würde ich jetzt auch nicht sprechen wollen“ (P2, Z. 341ff.) Und „Also, ich würde so sagen, wenn wir jetzt sagen, dass Ding ist tot, das ist erledigt, bei Seite geschmissen, dann fühlt sich der Bürger verarscht. Das sind ganz klare Worte. [...] wir wollen was machen und im Endeffekt kommt nichts. Also, das ist noch nicht abgeschlossen. Aus meiner Sicht ist das noch nicht abgeschlossen, das ist noch nicht zum Ende gebrochen“ (P7, Z. 260ff.).

Diese Aussagen spiegeln auch den Wunsch danach wider, *sich sinnvoll zu Beschäftigen* und die *Freizeit sinnvoll zu nutzen*. Der Wunsch nach *Weiterarbeit* äußert *gestaltungs-* und *problemorientierte* Motive wie die *Veränderung gesellschaftlicher Missstände* durch *aktive Partizipation und Mitbestimmung* und auch das *instrumentelle* Motiv, sich *sinnvoll* zu beschäftigen. „Weil, was bringt mir das, wenn ich jetzt, sagen wir, was kennen gelernt habe, am Ende habe ich ja ein anderes Ziel gehabt. Und: das muss weiter gehen“ (P2, Z. 349ff.). Sie wollen, dass die Arbeit weiter geht, damit die Bemühungen und der Zeitaufwand sich lohnen. Das wird unterstrichen dadurch, dass es bei der SV keine Nennung zu dem Motiv der *sinnvollen Beschäftigung* gab.

So stehen die *instrumentellen* Motive bei den Bürgern gleich an zweiter Stelle, wobei neben dem *sinnvollen Einsatz* auch das *Erlangen neuer Fähigkeiten und Erfahrungen*, das Finden *persönlicher Zufriedenheit* und das *Knüpfen von Kontakten und Treffen von Menschen* eine große Rolle spielen. Die Bürger haben sich als einzige Akteursgruppe zu allen *instrumentellen* Motiven geäußert, so auch bei den *problemorientierten* Motiven. Die *Veränderung gesellschaftlicher Missstände* in ihrem Wohnumfeld spielt sogar noch eine größere Rolle, als der *Wunsch nach Kommunikation* und *sozialer Integration*. Hierbei handelten die Bürger auffällig projektbezogen, sind sogar wegen spezieller Anliegen zu den Veranstaltungen erschienen: „[Da] war ja das mit dem (...) Frischemarkt und

was da alles drauf stand, so ganz grob umrissen // Eigentlich auch das hat mich nur bewegt dort hin zu gehen“ (P7, Z. 1251ff.).

Nach den Äußerungen der SV und der WBG bezüglich Geld, Finanzierung und Förderung wirkten die Bürger eingeschüchtert und weniger motiviert, weshalb es zum Beispiel zur Formulierung folgender Frage kam: „Ich hatte ja bei der Folgeveranstaltung, äh, gefragt, wie lange denn oder wie denn diese zeitliche Abfolge ist. Wann sind denn dort die ersten Ergebnisse, äh, möglich, wann sieht man die? Vorhin hatten wir das ja ganz kurz, wenn ich das richtig raus gehört hab, dass es natürlich diverse Stadien zu überwinden hat, auch gerade wenn es um das Finanzielle geht. [...] Ich bin mir jetzt aber überhaupt nicht sicher, wie da der aktuelle Stand ist. Ähm...“ (P8, Z. 593ff.).

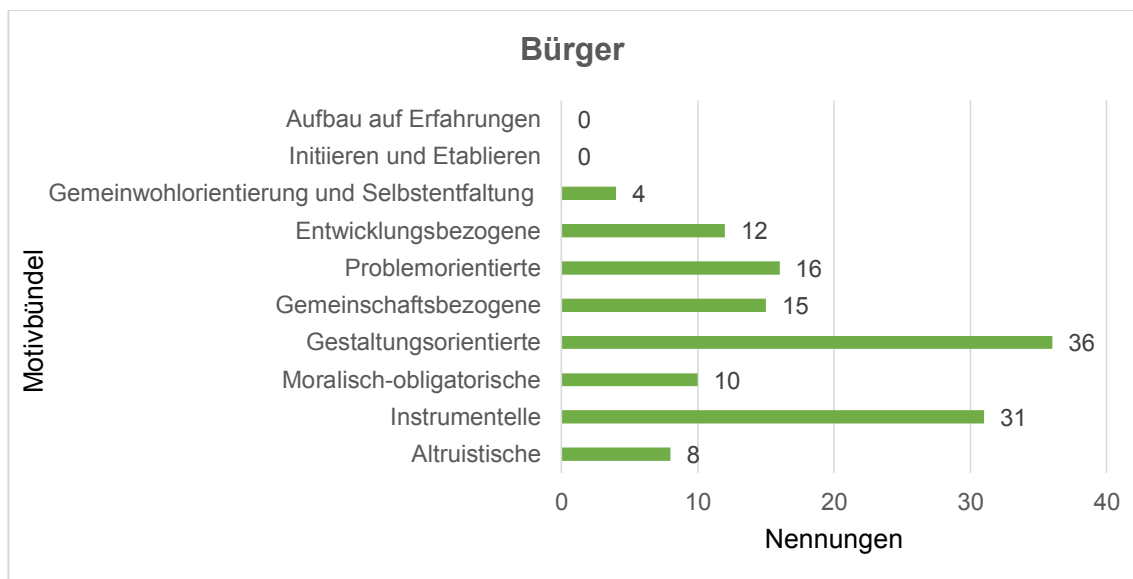


Diagramm 5 - Motive der Bürger (eigene Darstellung)

Abnehmende Teilnehmerzahl

Auffallend war, dass die ohnehin niedrigen Teilnehmerzahlen im Laufe der Veranstaltungsreihe auch noch abnahmen, wie z.B. der Vertreter des Vereins bemerkte: „[...] bei der zweiten Veranstaltung, [...] da waren eigentlich fast keine Leute da“ (P2, Z. 955ff.). Auch wenn die WBG und die SV keine Notwendigkeit darin sahen (vgl. Z. 275-280, 306-308, 548-551, 553-555) wurde während der GD nach Gründen für dieses Phänomen gesucht. Die Vertreter der Bürger und des Vereins vermuteten, dass die Bürger alle ihre Anliegen angesprochen und bearbeitet sähen. Es bestünde die Ansicht, lieber andere für sich sprechen und handeln zu lassen, wie ein Bürger betont: „Die sagen: "Wir gehen jetzt nicht

dahin. Aber geh du mal hin, ne? Und erzähl uns dann mal, was passiert ist.““ (P7, Z. 1329ff.). Doch worin liegt diese Perspektive begründet? Ein Ursprung könnte in der politischen Vergangenheit der Stadt und ihrer Bewohner liegen. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer (vorausgesetzt, sie kommen ursprünglich aus der Stadt) weist darauf hin, dass sie in ihrer Jugend durch das DDR-Regime geprägt wurden. Der Vertreter der WBG zum Beispiel, sprach wiederholt von vergangenen Zeiten (vgl. Z. 308-313, 384-387) und erwähnte sogar ein Vorbild-Projekt aus „Ostzeiten“ (P1, Z. 464-471).

Auch die Enquete-Kommission (2002, S. 106f.) stellt unter Bezug auf Rosenblatt (2000, S. 63-66) heraus, dass es in Deutschland regional unterschiedliches bürgerschaftliches Engagement gebe. Das zeige sich beispielsweise in einem deutlichen West-Ost-Gefälle bezüglich der Zahl bürgerschaftlich Engagierter. Im Freiwilligensurvey von 1999 sei heraus gestellt worden, dass in den neuen Bundesländern weniger Menschen bürgerschaftlich engagiert seien als in Westdeutschland. Dabei hätten alle ostdeutschen Bundesländer eine gleichermaßen niedrige Quote, was in ähnlichen strukturellen Ausgangsbedingungen begründet sei. Es seien „historische Prägungen [vorhanden], die auf das Erbe der DDR verweisen“ (Enquete-Kommission 2002, S. 106).

Exkurs DDR-Geschichte

Es stellt sich die Frage, ob es in der DDR offiziell überhaupt die Möglichkeit zu bürgerschaftlichem Engagement gab, oder ob die Voraussetzungen (Freiwilligkeit, öffentliche Artikulation, garantierte Bürgerrechte) durch den „vormundschaftlichen Charakter“ (Enquete-Kommission 2002, S. 106, zit. nach Henrich 1989) des DDR-Regimes unterdrückt wurden. Auch wenn Massenorganisationen durch die SED und Staatssicherheit politisch kontrolliert und zentralistisch geführt wurden, waren Mitgliedschaften allgemein attraktiv (wegen der Förderlichkeit für die berufliche Karriere, Prämien und sonstige Privilegien, also des Erfolgs im sozialistischen Wettbewerb). Es gab Formen gesellschaftlicher Arbeit auf der Ebene von Betrieben und Hausgemeinschaften, sodass die Möglichkeit für Eigeninitiative und Mitwirkung an eher unpolitischen Angelegenheiten vorhanden war. Doch gab es keine selbstbestimmten Freiräume im Sinne demokratischer Partizipation. Auch hatte der Begriff der „Planung“ eine andere Konnotation und Bedeutung als heute. Bürgerschaftliches Engagement beschränkte sich also offiziell eher auf individuelle Formen wie Nachbarschaftsinitiativen,

direkte Unterstützung und Hilfe für andere Menschen und Gesprächsgruppen und wurde sogar von der SED unter „Missbrauch“ von „Solidarität“ verbal eingefordert. Inoffiziell jedoch entwickelten sich, überwiegend in Kirchen, unabhängige Friedens- und Umweltgruppen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre, die durch Friedensgebete, Mahnwachen und Massendemonstrationen entscheidend zum Zusammenbruch des SED-Regimes im Herbst 1989 beitrugen. Die folgende politische Wende hatte jedoch ambivalente Konsequenzen für das bürgerschaftliche Engagement: die Bürger gewannen an Freiheit durch die Möglichkeit der Mitgestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, ohne staatliche Vorgaben; es entstanden neue zivilgesellschaftliche Organisationen, Vereine und Verbände, doch gleichzeitig nahm die Bedeutung von Bürgerbewegungen ab, da die Entscheidungsgewalt auf politische Parteien überging und sich viele Gruppen und Organisationen auflösten. So beendeten mehr als 37% der in der DDR Engagierten bis 1991 ihre freiwillige Tätigkeit. Hinzu kamen der wirtschaftliche Umbruch, und die darauf folgende Arbeitslosigkeit. Es entstand eine Hemmung im Vertrauen in die Gestaltbarkeit politischer Prozesse (vgl. enquete-Kommission 2002, S. 106f.)

Hat nun also genau diese Entwicklung Schuld daran, dass die Beteiligung in Stollberg so gering war? Oder entspricht es vielmehr der Feststellung von Walter et al. (2013, S. 14), dass „[...] politisches Engagement abseits von Wahlen mit größeren Hürden verbunden [ist] und [...] demzufolge von deutlich weniger Menschen regelmäßig wahrgenommen [wird]“? Um diese Fragen zu beantworten wäre eine weitaus umfangreichere Forschung nötig. Die Ausführungen von Gensicke (1998), Henrich (1989), Olk und Gensicke (2014) und Walter et al. (2013) könnten dazu weiterführend verwendet werden.

Weiterarbeit und Verantwortlichkeit

Für die Frage nach der Motivation zur Partizipation, ist, wie oben erwähnt, auch die Frage nach der Vorstellung zur *Weiterarbeit*, zur Zukunft der Projektideen, entscheidend. „Denn es macht tatsächlich einen Unterschied, ob jemand an drei Abenden in der Woche zu einer Versammlung der Bürgerinitiative geht, um die nächste Aktion vorzubereiten, oder ob man lediglich durch Anwesenheit bei einer Aktion seinen Beitrag leistet“ (Walter et al. 2013, S. 20). Alle Teilnehmer der GD waren sich einig, dass es in irgendeiner Form weiter gehen müsse, „[...] ich hoffe, dass das weiterhin so gut läuft, dass es immer mal Bürgerbeteili-

gungsmaßnahmen in Stollberg gibt und auch vielleicht die Bürger jetzt ein bisschen wachgerüttelt sind und dann auch immer mal zu Veranstaltungen kommen“ (P3, Z. 139ff.) „Aus meiner Sicht ist das noch nicht abgeschlossen, das ist noch nicht zum Ende gebrochen“ (P7, Z. 265), „Und deshalb denke ich, ist das schon so wichtig letztendlich sowas weiter zu machen“ (P1, Z. 390f.) „Und: das muss weiter gehen“ (P2, Z. 351).

Nur über den Rahmen der Weiterarbeit gab es unterschiedliche Ansichten. Während die Stadt sich selbst eine sehr große Rolle in den folgenden Veranstaltungen einnehmen sieht, Verantwortlichkeiten gerne in den eigenen Reihen verteilen möchte, z.B. in Form eines Stadtteilmanagers (vgl. Z. 427, 297ff.), stimmt der Vertreter der WBG stark dafür, Verantwortlichkeiten in der Bürgerschaft herzustellen (vgl. Z. 450, 464ff.) und vergleicht den gesamten Prozess mit Sport oder einem Spiel, z.B. mit der Aussage: „Ich fühle mich einfach äh, gerade beim Einlauf vielleicht und alle, sagen wir mal, Spieler, alle Mitbeteiligten, sagen wir mal, am Start zusammen, damit was losgehen kann“ (P1, Z. 236ff.) und „Wir sind grade im Einlauf zum Start“ (P1, Z. 313).

Die Bürger hingegen sind einfach froh, wenn es überhaupt irgendwie weiter geht, wie oben schon geschildert. Es könnte sich als unvorteilhaft gestalten, dass die Bürger kein ausgeprägtes Bild von der *Weiterarbeit* haben, da dadurch die Gefahr besteht, von der SV und WBG abgedämpft zu werden. Bei deren Ansätzen geht es selten um Inklusion: „[Es] ist wichtig, jetzt die, erstmal die ihr erfasst habt, mitzunehmen [...]“ (P1, Z. 442f.). Besonders bedenklich erscheint auch folgende Aussage: „Wenn du gerade den vielleicht kriegst, der noch der Außenseiter dort ist, der von allen mit: „Der schon wieder“ / Und wenn dem die Häuptlingskrone aufsetzt, dann hast du verloren. Von Anfang an, ja?“ (P1, Z. 1098ff.). Auch reagiert die Stadt auf Anfragen zur Projektumsetzung durch die Bürger mit der Antwort, dass das Anliegen geprüft worden, aber mit den momentanen Mitteln nicht umsetzbar sei (vgl. Z. 731f. und 756f.).

Interessant ist also die Frage, mit welcher Motivation die Stadt das Projekt überhaupt initiiert hat. Denn in den Veranstaltungen und auch in der Gruppendiskussion war zu merken, dass die SV nur ungerne die Verantwortung aus der Hand legen und komplett den Bürgern überlassen möchte. Deutlich wurde das auch durch die mehrfache Kritik an der Moderation und den Moderationstechniken durch die WBG und auch die SV (vgl. 293ff., 318ff., 851ff., 886ff., 927ff. und

Protokoll 07.01.2016 – Hufelandgebiet). Bei den Folgeveranstaltungen im April gab es keine externe Moderation, sondern die Stadt, hauptsächlich der OB, „moderiert“ die Veranstaltungen. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen das auf den Prozess der Projektumsetzung haben wird. Dazu passend wurde von der SV häufig darauf hingewiesen, dass in Zukunft möglichst noch mehr Vertreter der verschiedenen Ämter der Stadt bei solchen Veranstaltungen anwesend sein müssten (vgl. z.B. Z. 296ff.). Auffällig war, dass die WBG augenscheinlich die Projekte insgesamt eher klein halten wollte: „wir müssen mit kleinen Sachen anfangen“ (P1, Z. 1045) denn „[...] neben den vielen großen Sachen, [...] gibt es eine ganze Menge kleine Sachen, die auch mit wenig Aufwand, aber schon, dass man es anschiebt, machbar sind.“ (P1, Z. 250ff.) „Das müssen wir mit unseren kleinen Projekten schaffen [...]“ (P1, Z. 463f.) „[...] das sollte man einfach mal überlegen, ob man das mit geringeren Mitteln, was kleines mit machen kann“ (P1, Z. 781f.). So bleibt die Frage, wie es mit den begonnenen Projektideen weiter geht. Nichtsdestotrotz ist sehr positiv hervorzuheben, dass die SV überhaupt dieses Modellprojekt gestartet hat. Sie bietet ihren Bürgern die Option zu partizipieren und setzt einige Mittel ein, um diese Möglichkeit in einem gewissen Rahmen umzusetzen und weiter auszubauen.

Jugend

Gerade weil sich die Haltung zu Engagement (vgl. Enquete-Kommission 2002, S. 53f.) schon in der Jugend (im Alter von 12 bis 20 Jahren, nach Definition der bpb (2016)) herausbilde, entstanden im Zuge der teilnehmenden Beobachtung zwei Fragen, die durch Literaturrecherche sowie die Gruppendiskussion geklärt werden sollten. Zuerst stellte sich die Frage, warum die Teilnehmer ein recht hohes Durchschnittsalter aufwiesen. Wenn nämlich die Haltung zu Engagement sich in der Jugend herausbildet, so müsste entweder der Anteil der Personen in jugendlichem Alter in der Stadt generell relativ gering sein, oder einfach kein Interesse zu Engagement vorhanden sein. Diese Frage wurde in der Gruppendiskussion angeschnitten und versucht zu beantworten. Die Bürger äußerten diesbezüglich die Vermutung, dass es „an der Jugend ein kleines bisschen vorbei [ging]“ (P7, Z. 1246). Es wurde sich gefragt, ob das Thema und die Fragestellung aufgrund fehlenden Heimat- oder Nachbarschaftsgefühls kein Interesse bei den Jugendlichen hervorrief (vgl. Z.1250, 1216-1224, 1266-1271, 1288-1306). Daraus ergibt sich wiederum die Frage, ob also die Einladungen nicht

ausreichend formuliert waren, sodass sich die Jugendlichen nicht angesprochen gefühlt haben, oder ob die Jugend überhaupt in dieses Projekt integriert werden sollte.

4.3. Zusammenfassung

Die am häufigsten erwähnte Motivgruppe der *gestaltungsorientierten* Beweggründe, setzt sich, nach Häufigkeit der Erwähnung, aus dem Wunsch nach *Kommunikation und sozialer Integration*, *Veränderung gesellschaftlicher Missstände* und *aktiver Partizipation und Mitbestimmung* zusammen. Dass *Kommunikation und soziale Integration* ein wichtiges Motiv der Beteiligung sind, macht auch die Platzierung der *gemeinschaftsbezogenen* Motive deutlich, bei denen die *Kommunikation* den größten Teil ausmacht. Während hier die Anzahl der Erwähnungen bei den *gestaltungsorientierten* Motiven insgesamt relativ ausgeglichen ist, sticht bei den *altruistischen* Motiven deutlich die *Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung* heraus (vgl. Diagramm altruistische Motive Anhang). Am häufigsten wurde diese Kategorie von der SV genannt. Doch auch die *instrumentellen* Motive spielen eine große Rolle, besonders bei den Bürgern. *Neue Erfahrungen und Fähigkeiten zu erlangen* wird gleichrangig mit dem Streben nach einer *sinnvollen Beschäftigung* gesehen. Auch *persönliche Zufriedenheit zu erlangen* und *andere Menschen zu treffen* und mit ihnen *Kontakte zu knüpfen* darf nicht außer Betracht gelassen werden. Dass die meisten Teilnehmer auf eine *sinnvolle Beschäftigung* hoffen, lässt sich nicht nur aus ihren Äußerungen zur *Weiterarbeit* schließen.

Gerade in Anbetracht der Aussagen durch die Stadtmitarbeiter und den Vertreter der WBG, wurden induktiv die zwei Kategorien *Etablieren, Initiieren von Bürgerbeteiligung* und *Aufbau auf Erfahrungen* eingeführt. Es war auffällig, wie diese Akteure auf ihre bisherigen *Erfahrungen* und Kenntnisse mit Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement im Allgemeinen zurückgriffen. Ihre Motivation bestand augenscheinlich darin, auf die *Erfahrungen* aufzubauen und Bürgerbeteiligung aus altruistischen und moralisch-obligatorischen Beweggründen (Pflichterfüllung, politische Verpflichtung) überhaupt aufzubauen und zu erhalten, mit den Voraussetzungen und Erwartungen, die ihre berufliche Prägung zulassen. Diese berufliche Prägung ist bei den als „Bürger“ in Aktion tretenden Teilnehmern völlig unwichtig. Für die Gruppe der Bürger standen offensichtlich *gestaltungsorientierte, gemeinschaftsbezogene* und *instrumentelle* Motive im

Vordergrund. Das entspricht dem Forschungsergebnis von Ernst (2010, S. 170), dass bei bürgerschaftlichem Engagement individuelle Interessen, statt der von Organisationen, im Vordergrund stehen und sich somit ein „neues Ehrenamt“ bilde. Die SV und die WBG wollen grundsätzlich etwas starten und *etablieren*. Die Bürger dagegen möchten etwas *bewegen*. Die Akteursgruppen scheinen auf unterschiedlichen Ebenen der Motivation zu stehen. Deshalb ist zum Beispiel auch die Frage, ob das Projekt geglückt ist, nicht einfach mit Ja oder Nein zu beantworten. Es müssen die verschiedenen Perspektiven und *Erwartungen* abgewogen werden. Doch dieses Ergebnis ist genau das, was aus der geographischen Perspektive erfolgen kann. Es geht darum, wie der Mensch auf den Raum wirkt und wie der Raum auf den Menschen wirkt. Die gegenseitige Einflussnahme und die dadurch entstehenden unterschiedlichen Optionen und Blickwinkel machen die geographische Betrachtung aus.

Die vorliegenden Zitate und Beobachtungen stärken die Vermutung, dass die Stadt nur eine gewisse Aufmerksamkeit bei den Bürgern erzeugen wollte. Es geht um Politik, es geht um Wahlen. Der OB gab bei der Abschlussbesprechung (vgl. Protokoll 23.03.2016 – Abschlussbesprechung) selbst zu: „Natürlich wollen wir dadurch den Eindruck vermitteln, dass wir offen sind als Stadt.“ Es ginge darum, die Wahlbeteiligung zu steigern und mehr ins Miteinander zu gehen, durch die bloße Wahrnehmung solcher Veranstaltungen. „Die Bürger sollen sagen: es ist am Ende doch meins. [...] Ich erlebe mich als Bürger als jemanden, der etwas verändern kann.“ Die Politikferne muss beseitigt werden, die Bürger sollen die Nähe zur Stadtverwaltung finden und merken, dass sie beteiligt werden. Eine Mobilisierung der Kräfte der Bürgerschaft kann viel Bewegung hervorrufen, wenn man die Bürger einbezieht. So ermutigte auch ein Vertreter der Stadtverwaltung bei der GD die Bürger: „[...] es ist berechtigt, nicht nur in den Bürgerrat rein, im Bürgerservice vorzusprechen, sondern auch mal anzurufen [...]“ (P4, Zeile 302f.).

Es ist deutlich zu erkennen, dass die Stadt Stollberg sehr engagiert ist und, im Vergleich zu anderen Städten, ernsthaft versucht Bürgerbeteiligung zu etablieren. Doch ist bei allen Akteuren Aufklärungsarbeit nötig, um ihnen eine gewisse Sicherheit in bürgerschaftlichem Engagement, Partizipation, Bürgerbeteiligung zu bieten.

5. Schlussfolgerung und Ausblick

„Künftig wird es keine Politik der geschlossenen Türen, keine Reformen ohne Bürgerbeteiligung und Mitwirkung der Betroffenen geben.“

(neue Leitlinien der Bundesregierung, zitiert in Roth 2011, S. 20)

Das einführende Zitat von Roth (2011, S. 20) verdeutlicht eine Vision: direkte Partizipation von Bürgern in allen Bereichen, direkte Demokratie und ein ermöglichendes Staatskonzept. Direkte Kommunikation und öffentliche Versammlungen wären alltäglich möglich. Doch wie die Enquete-Kommission (2002, S. 159) herausstellt, seien dazu Vertrauen, soziales Kapital und deliberative Demokratie nötig. Leitbilder wie „Bürgerkommune“ oder „Bürgerstadt“ seien allgemein akzeptiert, doch fehle auf kommunaler Ebene noch der einfache Zugang zu direktdemokratischen Beteiligungsrechten. Es gibt bereits Entwicklungen, auch in Zusammenarbeit mit neuen Medien, die versuchen, diesen einfacheren Zugang zu ermöglichen.

So gibt es beispielsweise die Informations- und Diskussionsplattform Politaktiv, erstellt von der Integrata Stiftung für humane Nutzung der Informationstechnologie und der Human IT Service GmbH, die integrierte Bürgerbeteiligung im Netz ermöglichen möchte. Auch das von der Hansestadt Rostock erstellte Portal „Klarschiff Rostock“ soll einen leichteren Zugang zu Bürgerbeteiligung ermöglichen. Ein internationales Beispiel stellt das „Open Forum on Participatory Geographic Information Systems and Technologies“ dar. Diese Website, die durch die Nutzung von Public Participation GIS (PPGIS) und Participatory GIS (PGIS) einen weltweiten Informationsfluss und globale Kommunikation ermöglicht, möchte damit Regionalplanung und Politik-Machen vereinfachen. Diese „E-Governance“ und „E-Democracy“ hat den Sinn, den Bürger dort abzuholen, wo er sich häufig aufhält: in sozialen Netzwerken, auf Webseiten, im Internet (vgl. www.politaktiv.org; www.klarschiff-hro.de; www.ppgis.net).

Die empirischen Forschungsergebnisse dieser Arbeit ergeben in Kombination mit Ernst (2010, S. 169ff.) ein großes Ganzes: Selbstbezug, die individuellen Bedürfnisse und das jeweilige nahe Umfeld machen den Hauptpunkt der Motivation von Bürgern zur Partizipation aus. Die Rolle des Staates bleibt jedoch häufig außen vor. Denn auch der Staat, die Politik (in dieser Arbeit in Form der SV und der WBG), hat eine tragende Rolle in partizipatorischen Prozessen.

Meist tritt er nur durch Förderungen in Augenschein, doch sollte seine Rolle als aktivierend und ermöglichend viel intensiver wahrnehmen.

Persönliches Fazit

„[...] wenn man schon die Möglichkeit kriegt, mitzuarbeiten, da sollte man den Strick greifen [...] und einfach kräftig dran ziehen. Dabei bewegt man doch etwas.“ (P7, Transkript Z. 184f.)

Die Bürger von Stollberg sind in Bewegung. Es gibt den Grundstein für bürgerschaftliches Engagement, welcher weiter ausgebaut und verfestigt werden muss. Es gibt sehr viel Potenzial, von allen Seiten, welches sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln kann. Unter anderen Umständen wäre es deshalb auch angemessen, den Diskussionsverlauf genauer zu interpretieren, da er sehr viel über den bisherigen und den zukünftigen Verlauf des Projektes aussagt. Betrachtet man allein die Sitzordnung und den Redeanteil (der Vertreter der WBG hat mit 30% das Gespräch dominiert und saß ganz vorne am Tisch, neben den Moderatoren), ist eine Tendenz in der Verantwortlichkeit und Macht zu erkennen.

Auch lässt sich hier erkennen, dass den Bürgern nicht genug eigener Spielraum eingeräumt wird, um das bürgerschaftliche Engagement, die wahre Partizipation, zu ermöglichen. Es wurde, wie ein Bürger erwähnt, „[...] mal so ein bisschen am Busch geklopft“ (P7, Z. 259). Die langfristige Wirkung ist fraglich, wenn auch nicht auszuschließen. Die Erwartungen, mit denen die Bürger an das Projekt gingen, waren doch relativ niedrig gesteckt. Sehr häufig war nur die Rede von persönlichem Interesse.

Ich hoffe, dass den Bürgern von Stollberg die Augen geöffnet wurden und sie gesehen haben, dass sie sich für ihr Recht an Beteiligung einsetzen müssen. Sie sind in Bewegung gekommen, doch brauchen sie Unterstützung, damit dieser Lauf nicht stoppt. Ich sehe es daher als Aufgabe, z.B. von Vereinen wie der ALD, die Bürger hierbei zu unterstützen und ihnen alle Möglichkeiten aufzuzeigen. Ich bin sehr froh, dass ich an diesem Projekt teilhaben und mich persönlich weiter entwickeln konnte. Die Forschung zu diesem Thema hat mein Interesse und meine Kenntnisse gefördert und mich in meiner Entscheidung bestärkt, mich in Zukunft intensiver dafür einsetzen, meinen Mitbürgern Partizipationsmöglichkeiten aufzuzeigen, zu eröffnen und zu erhalten.

Literatur

Akademie für lokale Demokratie e.V. (ALD) (2015): Demografie und bürgernahe Politik in Stollberg. Entwicklung, Umsetzung und Dokumentation eines nachhaltigen Beteiligungsmodells. URL: <http://www.lokale-demokratie.de/projekt/demografie-und-buergernahe-politik-in-stollberg/> (Zugriff: 09.07.2016).

Anheier, Helmut K.; Toepler, Stefan (2003): Bürgerschaftliches Engagement zur Stärkung der Zivilgesellschaft im internationalen Vergleich. In: Bürgerschaftliches Engagement im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–55.

Beiner, Ronald [Hrsg.] (1995): Theorizing citizenship. Albany: State University of New York Press (SUNY series in political theory. Contemporary issues).

Böhle, Fritz; Kristler, Ernst; Pfau-Effinger, Birgit (2001): Struktur- und Motivationswandel bürgerschaftlichen Engagements bei Erwerbstätigen und Arbeitslosen unter besonderer Berücksichtigung der gender-Perspektive. Gutachten. In: KDRs. Nr.14/146 neu.

Bohnsack, Ralf [Hrsg.] (2010): Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis. Unter Mitarbeit von Aglaja Przyborski und Burkhard Schäffer. 2., vollst. überarb. und aktualisierte Aufl. Opladen u.a.: Budrich.

Bohnsack, Ralf (2014): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden. 9., überarb. und erw. Aufl. Opladen: Budrich (UTB Erziehungswissenschaft, Sozialwissenschaft, 8242).

Bohnsack, Ralf; Przyborski, Aglaja (2010): Diskursorganisation, Gesprächsanalyse und die Methode der Gruppendiskussion. In: Ralf Bohnsack [Hrsg.]: Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis. Unter Mitarbeit von Aglaja Przyborski und Burkhard Schäffer. 2., vollst. überarb. und aktualisierte Aufl. Opladen u.a.: Budrich, S. 233–248.

Braun, Sebastian (2001): Bürgerschaftliches Engagement - Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte. In: Leviathan 29 (4), S. 83–109.

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) [Hrsg.]: Jugend/Jugendliche. URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/17676/jugend-jugendliche> (Zugriff: 28.07.2016).

Dreher, Michael; Dreher, Eva (1991): Gruppendiskussionsverfahren. In: Uwe Flick [Hrsg.]: Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie-Verl.-Union, S. 186–188.

Dresing, Thorsten; Pehl, Thorsten [Hrsg.] (2015): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 6. Auflage. Marburg: Dr. Dresing und Pehl GmbH.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (2001): KDrs. Nr.14/146 neu.

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages, 4). URL: <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-92328-8> (Zugriff: 01.05.2016).

Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (2003): Bürgerschaftliches Engagement im internationalen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ernst, Frank (2010): Freiwilliges Engagement als Gegenstand von Gruppendiskussionen. In: Ralf Bohnsack [Hrsg.]: Das Gruppendiskussionsverfahren in der Forschungspraxis. Unter Mitarbeit von Aglaja Przyborski und Burkhard Schäffer. 2., vollst. überarb. und aktualisierte Aufl. Opladen u.a.: Budrich, S. 169–187.

Flick, Uwe [Hrsg.] (1991): Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie-Verl.-Union.

Gensicke, Thomas (1998): Bürgerschaftliches Engagement im Osten und Westen Deutschlands. In: UTOPIE kreativ (93), S. 34–47.

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hansestadt Rostock [Hrsg.] (o.J.): Klarschiff Rostock. URL:
<http://www.klarschiff-hro.de/index.php> (Zugriff: 28.07.2016).

Haußmann, Martin (2016): Bikablo® 1. Das Trainerwörterbuch der Bildsprache. 7. Auflage. Hg. v. Holger Scholz und Guido Neuland. Eichenzell, Köln: Neuland gmbH&Co.KG; bikablo® akademie GmbH&Co.KG.

Haußmann, Martin; Scholz, Holger (2015): Bikablo® 2.0. Visuelles Wörterbuch, visual dictionary ; neue Bilder für Meeting, Training & Learning, nrw visuals for meeting, training & learning. 8. Aufl. Eichenzell: Neuland.

Heinze, Rolf G.; Olk, Thomas [Hrsg.] (2001): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. 1. Aufl. Leverkusen: Leske + Budrich.

Heinze, Rolf G.; Strünck, Christoph (2001): Freiwilliges soziales Engagement - Potentiale und Fördermöglichkeiten. In: Rolf G. Heinze und Thomas Olk [Hrsg.]: Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahme und Perspektiven. 1. Aufl. Leverkusen: Leske + Budrich, S. 231–232.

Henrich, Rolf (1989): Der vormundschaftliche Staat. Vom Versagen des real existierenden Sozialismus. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (rororo rororo aktuell Essay, 12536).

Hoffmann-Riem, Christa (1980): Die Sozialforschung einer interpretativen Soziologie. Der Datengewinn. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 32, S. 339–372.

Integrata Stiftung für humane Nutzung der Informationstechnologie [Hrsg.] (o.J.): Politaktiv. Bürgerbeteiligung. URL:
<https://www.politaktiv.org/beteiligungsformate> (Zugriff: 28.07.2016).

Kepler-Gymnasium Tübingen (o.J.): Kommunikation. Gesprächsregeln/Gesprächsformen. Umgang miteinander/Konflikte regeln lernen. URL:
http://www.kp.tue.bw.schule.de/fileadmin/Aktuelles/Dokumente/Methodencurriculum/03_KOMMUNIKATION/01_Gespr%E4chsregeln_Umgang%20miteinander.pdf (Zugriff: 31.05.2016).

Kuckartz, Udo (2014): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 2., durchgesehene Auflage. Weinheim, Basel: Beltz Juventa (Grundlagentexte Methoden).

Kymlicka, Will; Norman, Wayne (1995): Return of the Citizen. A Survey of Recent Work on Citizenship Theory. In: Ronald Beiner [Hrsg.]: Theorizing citizenship. Albany: State University of New York Press (SUNY series in political theory. Contemporary issues), S. 283–322.

Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung. Mit Online-Materialien. Unter Mitarbeit von Claudia Krell. 5. Aufl. Weinheim: Beltz J.

Mattisek, Annika; Pfaffenbach, Carmella; Reuber, Paul (2013): Methoden der empirischen Humangeographie. 2. Aufl., Neubearb. Braunschweig: Westermann (Das Geographische Seminar).

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarb. Aufl. Weinheim: Beltz (Beltz Pädagogik).

naturwind schwerin GmbH (2016): Mecklenburg-Vorpommern Vorreiter bei der Bürgerbeteiligung für Windenergie. URL: <http://www.naturwind.de/mecklenburg-vorpommern-vorreiter-bei-der-b%C3%BCrgerbeteiligung-f%C3%BCr-windenergie> (Zugriff: 30.07.2016).

Olk, Thomas; Gensicke, Thomas (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Bürgergesellschaft und Demokratie, 43).

Olk, Thomas; Klein, Ansgar; Hartnuß, Birger [Hrsg.] (2010): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Partizipation & Nachhaltige Entwicklung in Europa [Hrsg.] (o. J.): Open Space Konferenz. URL: <http://www.partizipation.at/open-space-konferenz.html> (Zugriff: 05.08.2016).

PPGIS.net [Hrsg.]: Open Forum on Participatory Geographic Information Systems and Technologies. URL: <http://www.ppgis.net/> (Zugriff: 28.07.2016).

Przyborski, Aglaja; Wohlrab-Sahr, Monika (2014): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. 4., erw. Aufl. München: Oldenbourg Verl. (Lehr- und Handbücher der Soziologie).

Roth, Roland (2011): Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Hamburg: Ed. Körber-Stiftung.

Runge, Katrin (2015): Gesprächsführung. URL: <http://www.super-sozi.de/index.php/theoretisches/gruppen-und-phases-7> (Zugriff: 31.05.2016).

Sächsische Aufbaubank - Förderbank [Hrsg.] (2016): Demografie. Allgemeine Informationen. URL:

<https://www.sab.sachsen.de/vereine/f%C3%B6rderprogramme/demografie.jsp>, zuletzt aktualisiert am 25.05.2016 (Zugriff: 09.07.2016).

Scharl, Diana (2012): Leitlinien Bürgerbeteiligung. Hg. v. Stadt Heidelberg. Amt für Öffentlichkeitsarbeit. URL:

https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1999895220/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/12_pdf_Broschuere_Buergerbeteiligung_Kurzfassung.pdf (Zugriff: 05.07.2016).

Ueltzhöffer, Jörg; Ascheberg, Carsten (1995): Engagement in der Bürgergesellschaft. die Geislingen-Studie. Ein Bericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Gegenwartsfragen Mannheim (SIGMA). Hg. v. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung Baden-Württemberg. Stuttgart (Bürgerschaftliches Engagement, 3).

Walter, Franz; Marg, Stine; Geiges, Lars; Butzlaff, Felix (2013): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Anhang

Transkriptionsregeln

Nach: Kuckartz (2014, S. 136f.) und Dresing und Pehl (2015, S. 21ff.)

1. Es wird wörtlich transkribiert, also nicht lautsprachlich oder zusammenfassend. Vorhandene Dialekte werden nicht mit transkribiert, sondern möglichst genau in Hochdeutsch übersetzt.
2. Sprache und Interpunktion werden leicht geglättet, d.h. an das Schriftdeutsch angenähert. Zum Beispiel wird aus „so’n“ → „so ein“. Die Satzform, bestimmte und unbestimmte Artikel etc. werden auch dann beibehalten, wenn sie Fehler enthalten.
3. Deutliche, längere Pausen werden durch in Klammern gesetzte Auslassungspunkte (...) markiert. Entsprechend der Länge der Pause in Sekunden werden ein, zwei oder drei Punkte gesetzt, bei längeren Pausen wird eine Zahl entsprechend der Dauer in Sekunden angegeben.
4. Besonders betonte Begriffe werden durch Unterstreichungen gekennzeichnet.
5. Sehr lautes Sprechen wird durch Schreiben in Großschrift kenntlich gemacht.
6. Zustimmungende bzw. bestätigende Lauäußerungen der Interviewer [oder anderer Diskussionsteilnehmer] (mhm, aha etc.) werden nicht transkribiert, sofern sie den Redefluss der befragten Person nicht unterbrechen. Ausnahme: Eine Antwort besteht nur aus „mhm“ ohne jegliche weitere Ausführung. Dies wird als „mhm (bejahend)“, oder „mhm nend)“ erfasst.
7. Nonverbale Aktivitäten und Äußerungen der befragten wie auch interviewenden Personen werden in Doppelklammern notiert, z.B. ((lacht)), ((stöhnt)) und Ähnliches.
8. Absätze der interviewenden Personen werden durch ein „I1:“ oder „I2:“, die der befragten Personen durch ein eindeutiges Kürzel mit entsprechender Kernnummer („P1“ – „P8“) gekennzeichnet.
9. Jeder Sprechbeitrag wird als eigener Absatz transkribiert. Sprecherwechsel wird durch zweimaliges Drücken der Enter-Taste, also einer Leerzeile zwischen den Sprechern deutlich gemacht, um so die Lesbar-

- keit zu erhöhen. Mindestens am Ende eines Absatzes werden Zeitmarken eingefügt.
10. Unverständliche Wörter werden durch (unv.) kenntlich gemacht. Längere unverständliche Passagen sollen möglichst mit der Ursache versehen werden (unv., Stimmenüberlagerung) oder (unv., Dialekt).
 11. Vermutet man einen Wortlaut, ist sich aber nicht sicher, wird das Wort bzw. der Satzteil mit einem Fragzeichen in Klammern gesetzt. Zum Beispiel: (Xylomethanolin?)
 12. Alle Angaben, die einen Rückschluss auf eine befragte Person erlauben, werden anonymisiert.
 13. Wort- und Satzabbrüche sowie Stottern werden geglättet bzw. ausgelassen, Wortdoppelungen nur erfasst, wenn sie als Stilmittel zur Betonung genutzt werden: „Das ist mir sehr, sehr wichtig.“ [Es sei denn, Wortdoppelungen sind für den Sprachstil der Person prägnant.] „Ganze“ Halbsätze, denen nur die Vollendung fehlt, werden jedoch erfasst und mit dem Abbruchzeichen / gekennzeichnet.
 14. Sprecherüberlappungen und Einwürfe werden mit // gekennzeichnet. Bei Beginn des Einwurfes folgt ein //. Der Text, der gleichzeitig gesprochen wird, liegt dann innerhalb dieser // und der Einwurf der anderen Person steht in einer separaten Zeile, nach dem Sprechteil des Hauptredners, ebenfalls mit // gekennzeichnet.
 15. Zahlen von null bis zwölf werden im Fließtext mit Namen geschrieben, größere in Ziffern.
 16. Redewendungen/Idiome werden wörtlich und Standarddeutsch wiedergegeben, z.B. „übers Ohr hauen“ (statt: über das Ohr hauen)
 17. Wird in der Aufnahme wörtliche Rede zitiert, wird das Zitat in Anführungszeichen gesetzt: und ich sagte dann „Na dann schauen wir mal“.

Ablaufplanung und Moderationskonzept Gruppendiskussion

Stollberg Projekt "Demografie und bürgernahe Politik in Stollberg" – Evaluierung

ORT: Sitzungssaal Rathaus Stollberg

DATUM: Donnerstag, 09.06.2016

Beginn: 18.00 Uhr

#	Inhalt	Verant- wortl.	Ziele/Fragestellung	Benötigtes Mate- rial / Kommentar
1	1. Phase: Smalltalk- Phase	Ronja Schäfer	- in der Situation ankommen - mit seiner momentanen Befindlichkeit wahrgenommen werden → Begrüßen → Begrüßen → Parkplatz gefunden? → Personen, die verhindert sind und eigentlich kommen wollten!? → Zeithorizont okay?	
			- Diktiergerät einschalten → Einverständnis? - Vertraulichkeit mit Behandlung der Daten ansprechen → Namen, Ortsangaben werden maskiert	Diktiergerät
			- Ablauf erklären - Gesprächsregeln erklären → Einverständnis?	
			- alltagssprachliche Einführung der Interviewten in das Interviewformat → straff anmoderieren - darauf hinweisen, dass die ganz persönliche Sichtweise der Untersuchten im Ge-	Ablaufplan Gesprächsregeln Moderationswand

			samtzusammenhang von Interesse ist ➔ darauf aufmerksam machen, möglichst viel von sich aus zu sagen/erzählen ➔ Gesamtzusammenhang der persönlichen Sichtweise interessant ➔ gerne ausführlich antworten - Ansprechen der ungewohnten Erzählsituation ➔ ungewohnt, lange allein zu sprechen !?	
			Projekt vorstellen - Ziel: initiieren eines langfristigen Beteiligungsmodells in Stollberg - Quartiere benennen - Ablauf	
2	2. Phase: Eingangsfrage/ Erzählstimulus	Ronja Schäfer	Vorstellungsrunde ○ Name ○ ggf. Organisation/Institution ○ Was hat Sie urspr. bewogen, an dem Projekt teilzunehmen?	Diktiergerät
			gleiche Eingangsfrage an alle - selbst gestaltete Darstellungen produzieren - Aufforderungen, Bitten zu erzählen/beschreiben - Interesse an „Expertenwissen“ ➔ Wie geht es Ihnen am	Moderationswand Moderationskoffer

			Ende des Projektes?	
		Teilnehmer	- Interviewpartner_innen erzählen	Moderationswand Moderationskoffer
3	3. Phase: Immanente Nachfragen	Ronja Schäfer /Teilnehmer	- Fragen, die sich unmittelbar auf das Gesagte beziehen ➔ auf zuvor Gesagtes hinweisen, um weitere Ausführungen bitten - noch keine neuen Themen einführen! - erst weitere Erzählungen und Beschreibungen evozieren, bevor nach Begründungen und Meinungen gefragt wird ➔ Detaillierungen – Können Sie noch mehr über das Thema erzählen? ➔ Füllen von Leerstellen (Chronologie) ➔ Wie geht es weiter? ➔ Können Sie davon vielleicht noch etwas erzählen? ➔ genauere Ausführungen von Unverständlichem	Diktiergerät Moderationswand
4	4. Phase: Exmanente Nachfragen	Ronja Schäfer, Eric Heffenträger/ Teilnehmer	- Fragen, die sich nicht oder nur entfernt auf das Gesagte beziehen - erst im letzten Teil „Warum“-Fragen stellen - Widersprüchlichkeiten und Auffälligkeiten können angesprochen werden + Kernkonflikte, strukturierende	Diktiergerät Moderationswand Moderationskoffer

			Fragen, Problemdarstellungen	
			-> Forschungsleitende Fragen	
5	5. Phase: Abrunden und Bedanken	Ronja Schäfer	Gespräch beenden	Diktiergerät
			Gerät abschalten → Off-Record-Situation!	
			- Signalisieren von Interesse nach Entindexialisieren von Sachverhalten → Namen, Orte können explizit genannt werden	Beobachtungsprotokoll
			- Gefühl vermitteln, dass das Ziel des Gesprächs erreicht wurde - für Kooperation und Hilfsbereitschaft bei Forschung bedanken - Bereitschaft für eventuelle Nacherhebungen abklären	
			Bedanken - wichtige und wertvolle Schritte im Gespräch erreicht - man ist mit seiner wiss. Arbeit weiter gekommen - Gespräch war interessant/beeindruckend/bewegend - Gut Gemacht! - Dank für Mühe und Zeitinvestition	

Tabelle 2 - Moderationskonzept Gruppendiskussion (eigene Darstellung)

Übersicht Kategorien

- Beweggrund/Motivation
 - Altruistisch
 - Solidaritätsgefühl für Arme und Notleidende
 - Mitgefühl oder Mitleid
 - benachteiligten Menschen Hoffnung zu schenken
 - der Menschenwürde gerade von Armen und Benachteiligten Achtung zu verleihen
 - Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung
 - Instrumentell
 - neue Erfahrungen und Fähigkeiten zu erlangen
 - sinnvolle Nutzung der Freizeit
 - andere Menschen zu treffen, Kontakte zu knüpfen
 - persönliche Zufriedenheit zu finden
 - sinnvolle Beschäftigung, Einsatz
 - Moralisch-obligatorisch
 - moralische oder religiöse Pflichten
 - humanitärer Beitrag für die Gemeinschaft
 - politische Verpflichtungen und Wertekonzeptionen
 - Gestaltungsorientiert
 - aktive Partizipation und Mitbestimmung
 - Kommunikation und soziale Integration
 - Veränderung gesellschaftlicher Missstände
 - Gemeinschaftsbezogen
 - Kommunikation
 - Soziale Integration
 - Zusammenhalt der Gemeinschaft
 - Problemorientiert
 - Bewältigung eigener Probleme
 - Veränderung gesellschaftlicher Missstände
 - Entwicklungsbezogen
 - Personal Growth
 - Selbstverwirklichung

Anhang

- Gemeinwohlorientierung und das Interesse an Selbstentfaltung
 - Initiieren und Etablieren
 - Aufbau auf Erfahrungen
- andere Beteiligungsformen
- Weiterarbeit
- Erwartungen
- Kenntnisstand
- Moderation
- wieder teilnehmen
- zu kurz
- anders
- erfahren
 - andere Kommunikation
- Alter
- Langfristige Wirkung
- Gefühl

Tabelle Auswertung

Motive	B	SV	WBG	V	Sum
Altruistische Motive					
ohne genauere Zuordnung		2	3		5
Identifikation mit Menschen in Not	1				1
benachteiligten Menschen Hoffnung zu schenken			2		2
der Menschenwürde gerade von Armen und Benachteiligten Achtung zu verleihen					0
Pflichterfüllung und Gemeinwohlorientierung	5	16	11	2	34
Solidaritätsgefühl für Arme und Notleidende	1		3		4
Mitgefühl oder Mitleid	1		2		3
Summe	8	18	21	2	49
Instrumentelle Motive					
neue Erfahrungen und Fähigkeiten zu erlangen	8	1		2	11
sinnvolle Nutzung der Freizeit	6				6
andere Menschen zu treffen, Kontakte zu knüpfen	3	2		3	8
persönliche Zufriedenheit zu finden	7	1	2		10
sinnvolle Beschäftigung, Einsatz	7		2	2	11
Summe	31	4	4	7	46
Moralisch-obligatorische Motive					
ohne genauere Zuordnung		2	3		5
moralische oder religiöse Pflichten	3		2	1	6
humanitärer Beitrag für die Gemeinschaft	4		2	1	7
Buße zu leisten					0
politische Verpflichtungen und Wertekonzeptionen	3	9	4	1	17
Summe	10	11	11	3	35
Gestaltungsorientierte Motive					
ohne genauere Zuordnung	1				1
aktive Partizipation und Mitbestimmung	12	3	5	1	21
Kommunikation und soziale Integration	10	9	14	2	35

Veränderung gesellschaftlicher Missstände	13	6	7		26
Summe	36	18	26	3	83
Gemeinschaftsbezogene Gründe					
Kommunikation	10	9	14	2	35
Soziale Integration	5	3	3	2	13
Zusammenhalt der Gemeinschaft			2		2
Summe	15	12	19	4	50
Problemorientierte Gründe					
ohne genauere Zuordnung	1				1
Bewältigung eigener Probleme	2				2
Veränderung gesellschaftlicher Missstände	13	6	7		26
Summe	16	6	7	0	29
Entwicklungsbezogene Gründe					0
Personal Growth	7	1			8
Selbstverwirklichung	5		2	1	8
Summe	12	1	2	1	16
Gemeinwohlorientierung und das Interesse an Selbstentfaltung	4			1	5
Initiieren und Etablieren von Bürgerbeteiligung		18	18		36
Aufbau auf Erfahrungen		1	5		6

Tabelle 3 - Auszählung der Erwähnungen zu den Motiven anhand des Transkriptes (eigene Darstellung)

Diagramme Auswertung

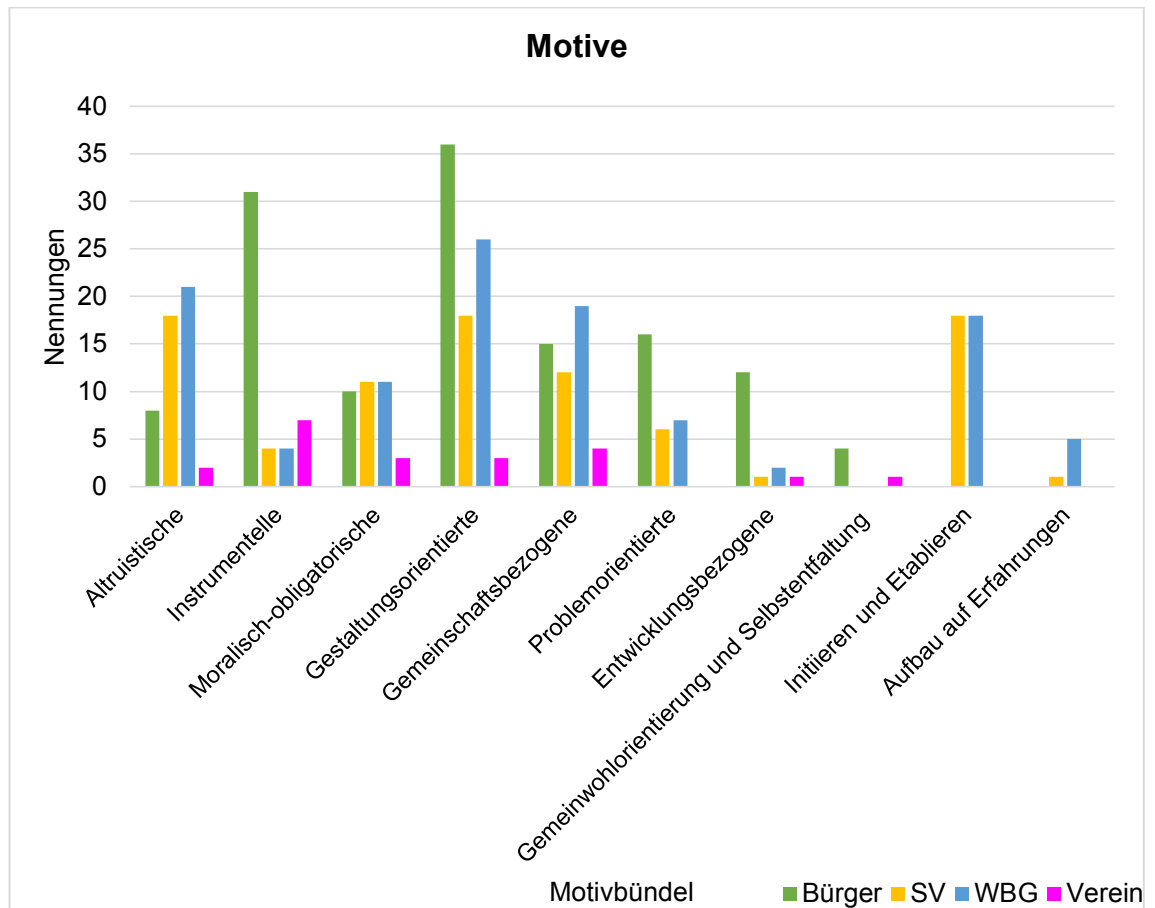


Diagramm 6 - Motivnennungen nach Akteursgruppe – absolut (eigene Darstellung)

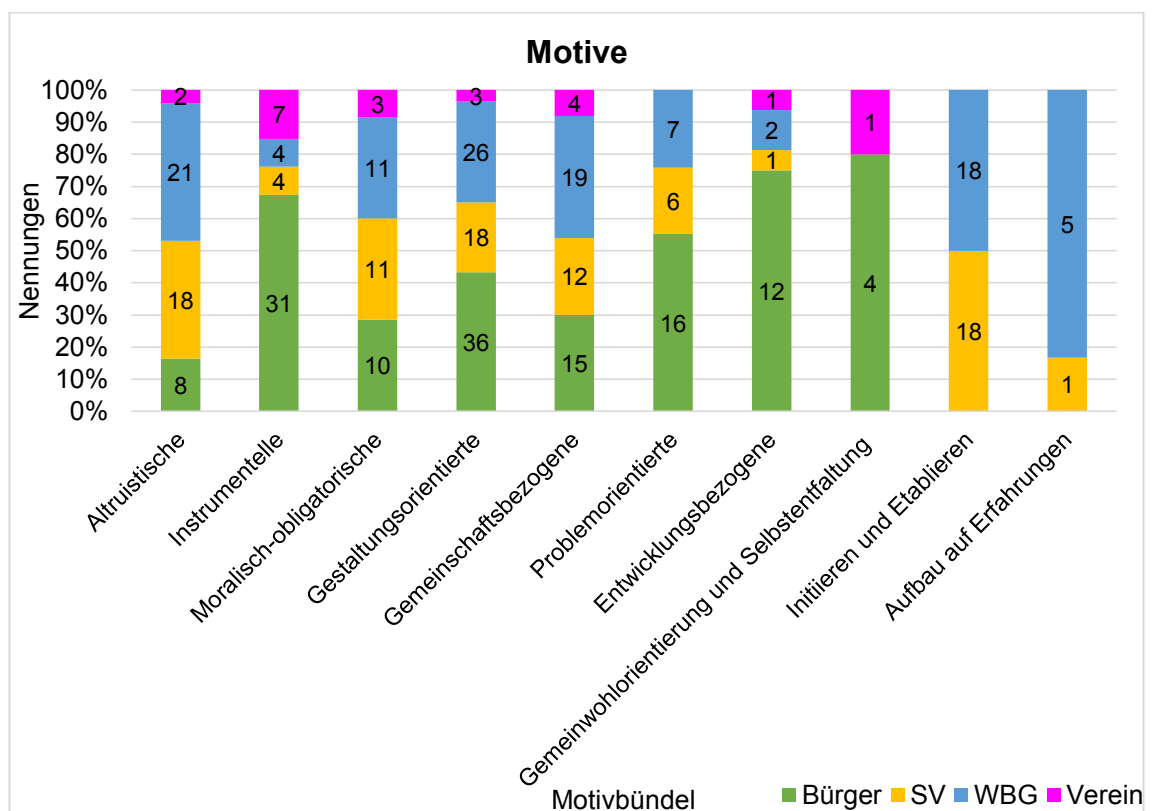


Diagramm 7 - Motivnennungen nach Akteursgruppe – prozentual (eigene Darstellung)

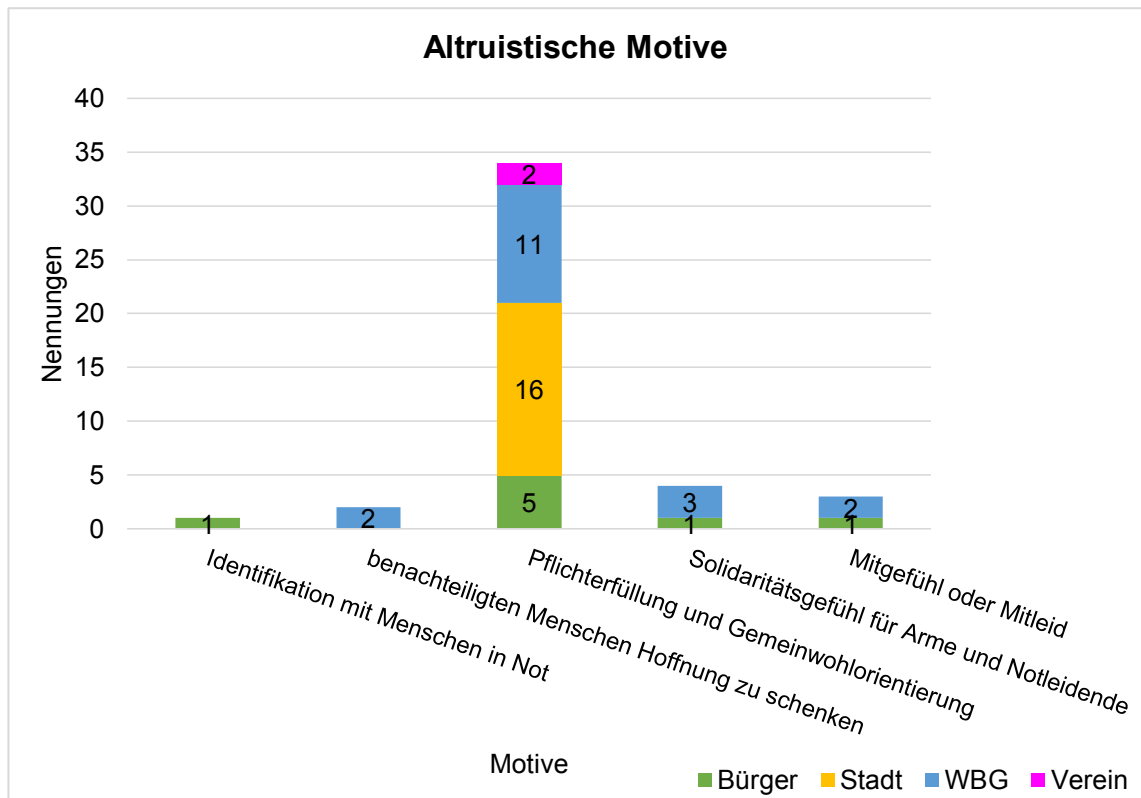


Diagramm 8 - Altruistische Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen (eigene Darstellung)

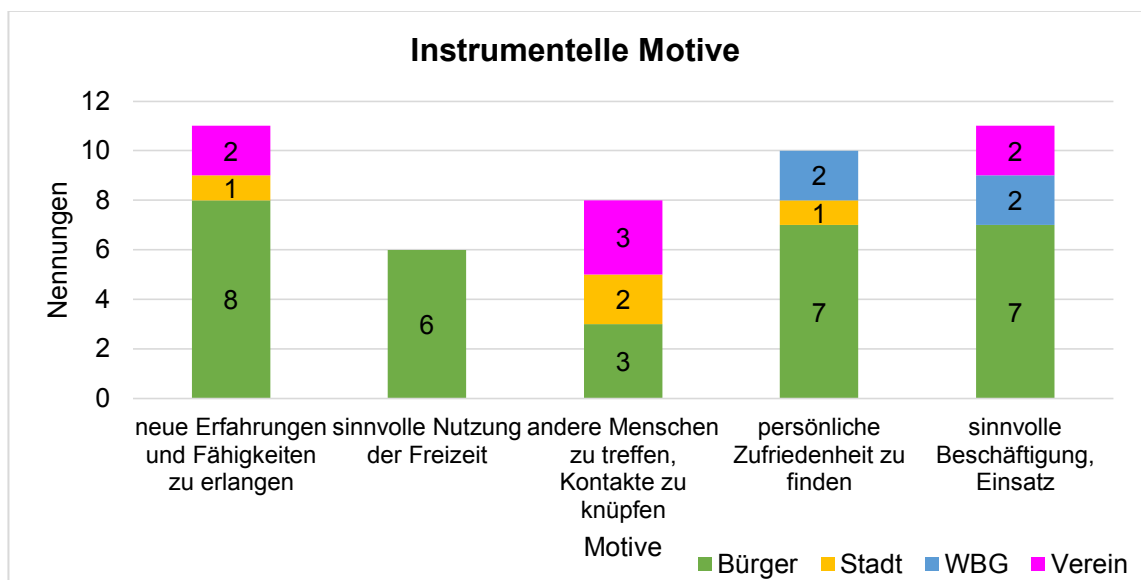


Diagramm 9 - Instrumentelle Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen (eigene Darstellung)

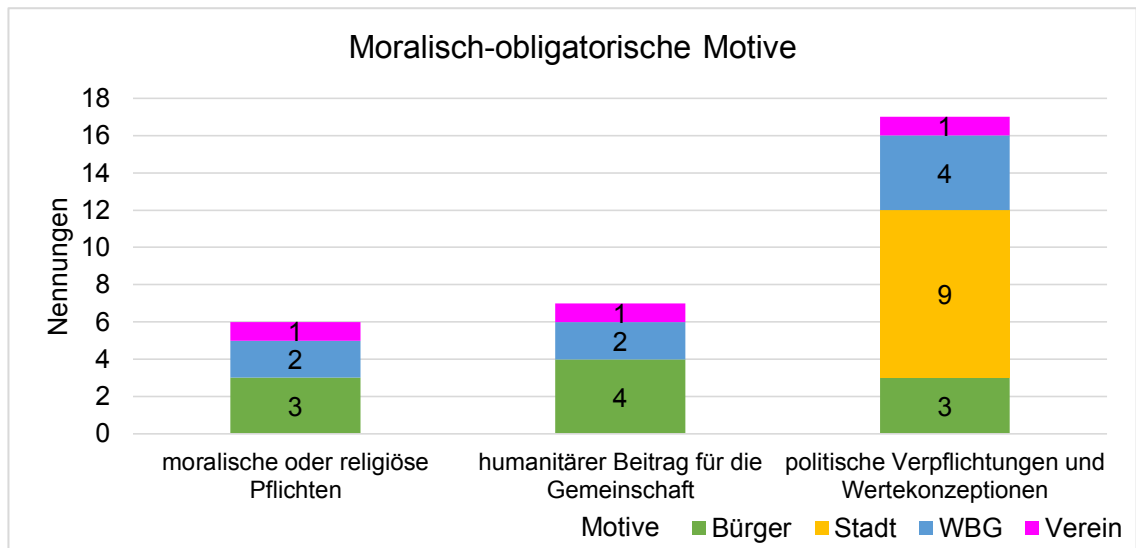


Diagramm 10 - Moralisch-obligatorische Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akterusgruppen (eigene Darstellung)

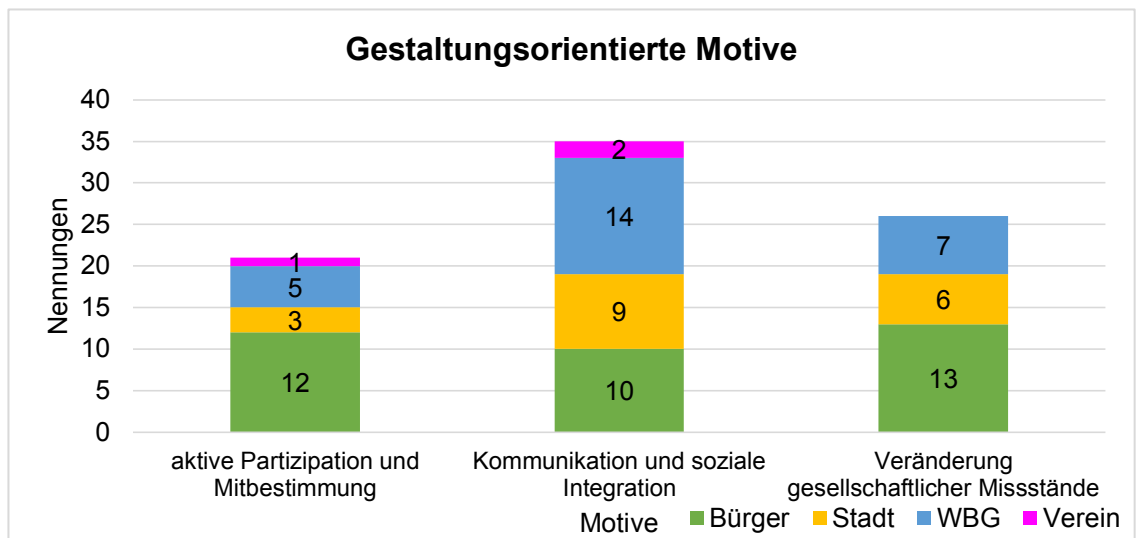


Diagramm 11 - Gestaltungsorientierte Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akterusgruppen (eigene Darstellung)

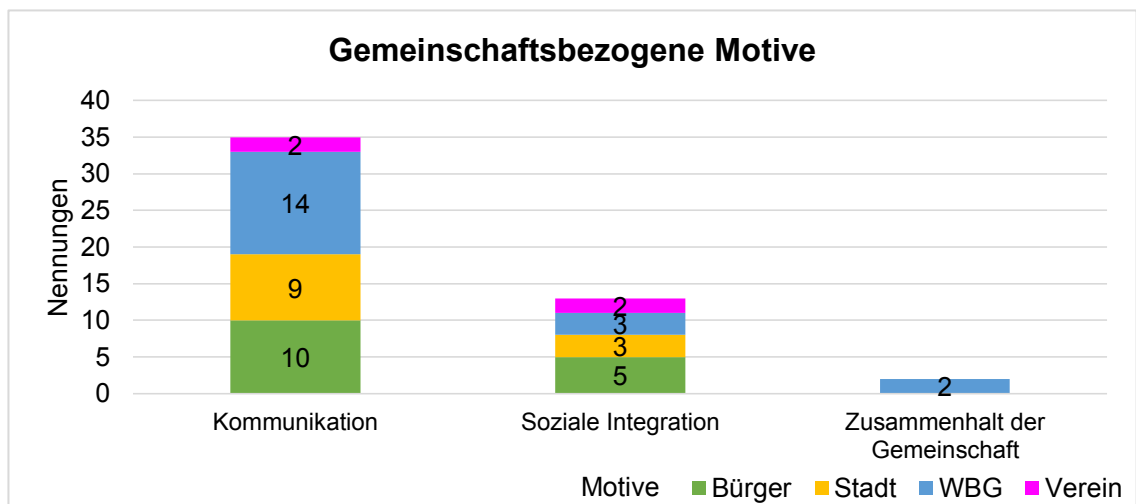


Diagramm 12 - Gemeinschaftsbezogene Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen (eigene Darstellung)

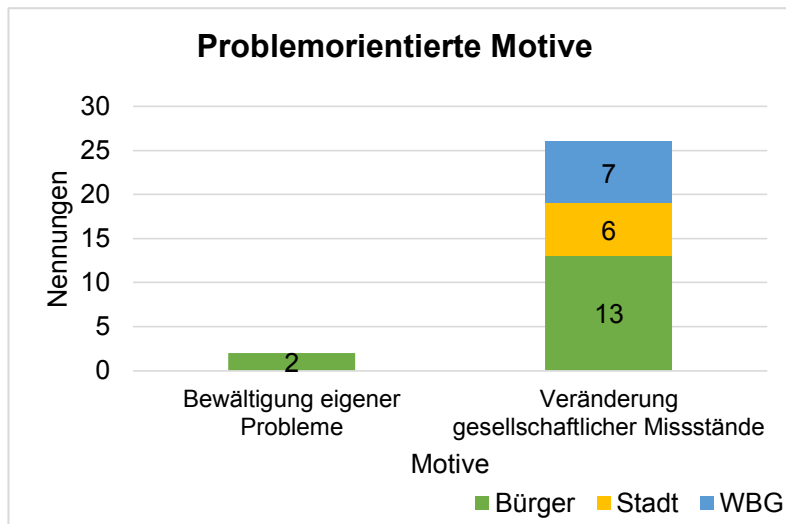


Diagramm 13 - Problemorientierte Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen (eigene Darstellung)

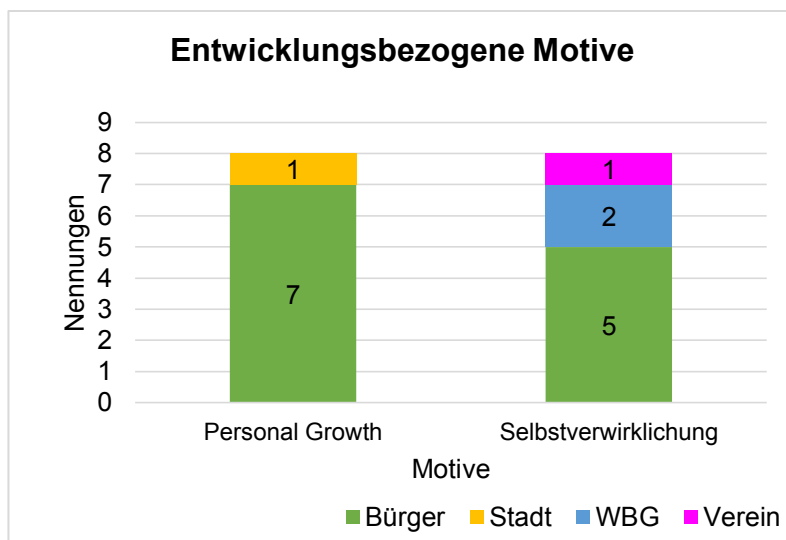


Diagramm 14 - Entwicklungsbezogene Motive, Untergruppen, Nennungen der einzelnen Akteursgruppen (eigene Darstellung)